

# Der Heimatdienst

Mitteilungen der  
Reichszentrale für Heimatdienst  
Nachdruck sämtlicher Beiträge  
nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Vor der Septembertagung des Völkerverbundes; Ober-  
regierungsrat Dr. Burgdorfer, Die gewerbliche Betriebsabteilung  
von 1926; Jankens Arbeit; Die slowenische Kulturautonomie;  
Deutsche in der Slowakei; Deutsch-japanischer Handelsvertrag.

In Kommission:  
Zentralverlag o. m. Berlin W 35  
Halbjährlich 2,50 Mark, Jährlich 5,- Mark  
Erscheint zweimal monatlich  
Durch jedes Postamt zu beziehen



ca. 3,5 Mill. gewerbl. Betriebe

GEIPEL

ca. 3,70 Mill. PS Leistung d. verwendeten Fahrzeuge aller Art

## DEUTSCHE

ca. 19,3 Mill. PS Kraftmaschinenleistung z. Antrieb v. Arbeitsmaschinen

## WIRTSCHAFT

ca. 18,4 Mill. Beschäftigte

## Vor der Septembertagung des Völkerbundes.

Die diplomatisch-politischen Sommerferien gehen ihrem Ende entgegen und mit dem Beginn der Tagung des Völkerbundesrates am 1. September und der Völkerbunderversammlung am 5. September wird das Spiel der großen Politik, das ja auch in den Sommermonaten keineswegs unterbrochen worden ist, wieder lebhafter entworfen. Man wird deshalb mit Augen einen Blick auf die Entwicklung der letzten Monate zurückwerfen und sich darüber klarzuwerden versuchen.

### I. Die Genfer Seeabräufungskonferenz.

Die Dreimächtekonferenz „zur Ausdehnung der Abbrüufungsbeschränkung zur See“, die sich letzten Wochen lang, vom 20. Juni bis 4. August, auf Einladung des amerikanischen Präsidenten Coolidge zwischen den Vereinigten Staaten, England und Japan in der Stadt des Völkerbundes tagte, hat mit einem vollen Glanz geendet, demgegenüber der Ausgang der bisherigen Abbrüufungskonferenzen des Völkerbundes geradezu in rosigter Beleuchtung erscheinen muß.

Der Einberufung dieser Dreimächtekonferenz lag der vielleicht zu einfache Gedanke zugrunde, den auf der Washingtoner Seeabräufungskonferenz von 1922 für die großen Schiffseinheiten von Amerika, England und Japan erreichten Koeffizienten 3 : 2 : 3 nimmere auch auf die sogenannten Kleinschiffe wie mittlere und kleine Kreuzer, Torpedos und U-Boote auszuwenden. Mit anderen Worten: Amerika wollte zur See energisch abrüufen und das maritime Wettrennen in Zukunft mit vereinten Heften, wenn die auf der Washingtoner Konferenz von 1922 für Großkampfschiffe vereinbarte Parität auch für kleinere Schiffsgattungen durchgesetzt werden könnte. Die Tatsache, daß die schon in Washington erreichte Gleichberechtigung der Vereinigten Staaten mit England für die ganze Flotte zur Geltung gebracht werden sollte, mußte der englischen Diplomatie freilich allzu deutlich vor Augen führen, wer von den beiden anglo-amerikanischen Seemächten als Sieger des Weltkrieges zu betrachten ist. Wogte es doch seit Napoleons Zeiten zum erstenmal eine Großmacht, England die unumschränkte Seeherrschaft freilich zu machen. Hiergegen mußte England aus einfachsten Selbstschutzzwecken vorhuten, daß es hätte Coolidge bedeuten müssen, als er das Wort von Washington in Genf zu Ende führen wollte, Da er den Bogen überspannte, mußte er das Spiel gegen England verlieren. Leider mußte er aber auch dem Abbrüufungsgebot ungewollt Schaden zufügen, da die Feinde der Abbrüufung in aller Welt und die Rüstungsindustrie Amerikas, die nimmere vorerst das Wort hat, aus der Entwidlung die letzten Konsequenzen zu ziehen bereit hat sein werden.

Zu dieser bedauerlichen Ausgang der Dreimächtekonferenz, bei der es bezeichnend ist, daß Japan als Vermittler bis zuletzt das Linien abzuwenden suchte, und erst als es kurz oder lang nur einen Einigungsgebot führen mußte, daß die Vereinigten Staaten sich eine bessere Vorbereitung und größere Rücksichtnahme auf englische Lebensbedürfnisse notwendig sein und nicht einfach die Parität der Gesamttonnage bei beliebiger Ausnutzung für die einzelnen Schiffstypen gefordert werden dürfen. Denn in der Tat ist es für England wenigstens bei seiner jetzigen Weltstellung unerträglich, wenn den Vereinigten Staaten 3 : 2, die gleiche Kreuzerzahl eine bloße Zugabe wäre, obwohl England mehr als viermal soviel Flächenraum in aller Welt zu schützen hat als Amerika. England wiederum wird bei neuerlichen Versuchen einer Verständigung über die Seeabräufung nicht auf der Parität der Höchstgrößen für die Kreuzertonnage bestehen und dabei Amerika den Bau großer Kreuzer, den England nicht mehr nötig hat, nicht einfach unterlassen. Der Bau kleiner Kreuzer aber gestatten dürfen, obwohl Amerika deren bei weitem nicht in dem Maße wie England bedarf. Natürlich verzichtet Amerika gern auf eine Parität im Bau dieser kleineren Kreuzer, die nur England zum Schutze seiner Verbindungswege dringend gebraucht, und die es darum nach bekannten französischen Rezepten nicht zur Offenheit, sondern zur defensiven Waffe gerechnet wissen will! Statt dessen fühlt sich Amerika angegriffen der flinken überlegenen englischen Handelsflotte, die im Kriegsfall sofort zu Kriegsschiffen umwandeln werden kann, von England wieder bilanziell beherrscht, wobei es seinerseits den englischen Kreuzerplänen Widerstand entgegenzusetzen mußte.

Die vorläufigen Folgen der gescheiterten Seeabräufung erscheinen trübe genug. Im verhängnisvollen ist vielleicht angesichts unserer übergeordneten Stellung in der Welt die Disziplinierung des Abbrüufungsgebotens, die auch auf die Abbrüufungspläne des Völkerbundes insofern zurückwirken muß, als die Septemter und Später diesen Abbrüufungsplänen unter Hinweis auf die Dreimächtekonferenz neue Hindernisse bereiten werden. Aberles wird nun England seine auf der Dreimächtekonferenz erfolgreich angemeldete maritime „Sicherheit“ durch Verpfändungen an Frankreich hinsichtlich dessen selbständiger Sicherheit zu erfassen bemüht sein. So dürfte der Ausgang der Genfer Besprechungen auch die Entwidlung der nächsten Abbrüufungskonferenz des Völkerbundes ungünstig beein-

flussen, da der im Schoße des Völkerbundes tagende getrennte französisch-angloamerikanische Gegenpart in der Abbrüufungsfrage englischerseits nun unerwartet rasch überbrückt werden kann. Das bevorstehende Wettrennen zur See, das freilich bei aller englischen Entschlossenheit zur Aufrechterhaltung seiner maritimen Vorherrschaft die seine Grenzen finden wird in der englischen Keilschiffahrt, die den Vergleich mit der amerikanischen eben nicht auszuhalten vermag, birgt außerdem mancherlei Zukunftsaussichten in sich: für den Frieden überhaupt wegen der davon zu erwartenden Entfremdung zwischen England und Amerika, für die französischen Kanalisationsfanatiker, die dieses maritime Wettrennen zum Vorbild und als Kompensation werden verwenden wollen, nicht zuletzt für die Finanzen Europas, die bei der allgemeinen wirtschaftlichen Verflechtung durch englische Wettrennen in schwerer Mitteilendigkeit gezogen werden müßten. Sollte sich nämlich Amerika zu energischer Seerüstung entschließen und infolge dieses Entschlusses, wie einst England zur splendide Isolation zurückkehrend, von Europa abenden, so müßte dies mit Sicherheit zur Folge haben, daß die allierten Schuldner Amerikas dann erst recht an die Zahlung ihrer Verbindlichkeiten erinnert werden. Das aber würde sich wiederum deutscherseits empfindlich bemerkbar machen bei den Forderungen aus dem Dawes-Abkommen, dessen Revisionsbedürfnis dann ebenfalls leicht zu den Opfern der Abbrüufung gehören könnte.

Infolgedessen wird man, wenn auch ohne Berechtigung zu solchem Optimismus, die von dem japanischen Admiral Saito und von dem Genfer Schlußprotokoll zum Ausdruck gebrachte Hoffnung nachprüfen müssen, daß die Signatarmächte von Washington nicht erst im August 1931 zu erneuter Erörterung der Seeabräufung zusammenzutreten müßten, daß vielmehr die Regierungen mit den in Genf erkannten Problemen fort weiter befaßt werden, statt Schiffschauprogramme aufzustellen und durchzuführen. Und ebenso wird Deutschland in Erwägung der von einer anglo-amerikanischen Entfremdung drohenden Gefahren für die allgemeine europäische Verständigung den Schlußworten des Ersten Lords der britischen Admiralität Bridgman zur Erfüllung wünschen können: daß das Scheitern des Versuches um die Findung einer Abbrüufungsformel noch kein Unglück zu bedeuten braucht, solange England und Amerika am Willen zum Frieden festhalten.

### II. Das deutsch-französische Wirtschaftsabkommen.

Keine Handelsvertragsverhandlungen der Vor- und Nachkriegszeit in irgendeinem Lande haben auch nur annähernd solche Schwierigkeiten verschiedener Art zu überwinden gehabt wie die am 17. 6. M. zu einem ersten Erfolge Ende geführten Verhandlungen mit Frankreich über den Abschluß eines möglichst umfassenden und langfristigen Handelsvertrags. Die seit Oktober 1924 im Gange befindlichen Verhandlungen sind immer wieder und wieder durch politische und ökonomische Hemmnisse verzögert oder unterbrochen worden und konnten nur allmählich und stuppigweise zu dem heutigen Ergebnis geführt werden. Die Schwierigkeiten der Wirtschaftstage in beiden Ländern, der Mangel an Erfahrungen mit französisch auf handelsvertragsähnlichem Gebiete, da wir vor dem Kriege keinen Handelsvertrag mit Frankreich gehabt haben, die aus dem Verträge von Versailles entstehenden territorialen Verwicklungen zwischen beiden Ländern, die Verschiedenheit der handelspolitischen Systeme und Auffassungen, das starke hineinfallende politisch-militärische Momente auf französischer Seite, das fehlen eines neuen Sozialrates in Frankreich, Kabinettswechsel, vertragsverhandlungen zu einer Hindernisliste allererster Ordnung. Dem kurzfristigen Teilschluß zu Teilschluß ging der Weg; insgesamt hat man 8 Protokolle abgeschlossen. Davon waren die bedeutungsvollsten „das allgemeine Handelsabkommen vom 5. August 1926 und in Verbindung damit die beiden Saarabkommen vom 5. August und 6. November des gleichen Jahres. Dieses Zugabesabkommen ist denn bis zum 30. Juni 1927 in Kraft gewesen. Da bis zu jedem Zeitpunkt eine Einigung über eine umfassende Regelung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen nicht zu erzielen gewesen war, trat bekanntlich der vertragslose Zustand ein, den die Eintracht, daß das Saarabkommen als 12. Teil wieder wirksam gemacht wurden. Nach einem wochenlangen Lage und Lichte in Anspruch nehmenden Schlüßlingen, das an die körperlichen und geistigen Kräfte, namentlich der deutschen Unterhändler, die denkbar größten Anforderungen stellte, hat nimmere am 17. August, morgens 8.55 Uhr, die beiderseitige Unterzeichnung des Vertragswerks erfolgt können.

Das Abkommen enthält 48 Paragraphen und besteht in der Hauptsache aus dem eigentlichen Vertragsstext, sechs Anlagen und dem Unterzeichnungsprotokoll. Normal fällbar ist das Abkommen erstmalig am 1. April 1929 zum 30. Juni 1932. Es wird demnach noch 3 Jahre in Kraftstehen, dem 6. September, nach 22 Monate gelten, ein Zeitraum, der eine stabile und ruhige Ent-



wiedlung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen ermöglicht. Darüber hinaus wird man aber mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit noch mit einer Weitergeltung dieses Abkommens über den 30. Juni hinaus rechnen können, so daß tatsächlich das gegenwärtige Handelsabkommen sehr nahe an einen ewigwähren Handelsvertrag heranreicht. Neben der ordentlichen Kündigungsmöglichkeit ist aber auch eine außerordentliche vorgesehen, von der französischer Gebrauch machen könnte, wenn es während der Laufzeit des Abkommens den heute noch nicht vorhandenen, geplanten neuen Zolltariff feststellen würde. Nach Lage der Dinge erscheint es aber sehr wenig wahrscheinlich, daß der Fall vorgerichteter Kündigung eintreten wird. Im übrigen ist diese außerordentliche Kündigungsmöglichkeit zweifelhaft, so daß auch Deutschland eine vorzeitige Kündigung möglich ist.

Zugebucht ist das Vertragswerk auf dem Grundsatze der Meistbegünstigung, die zwar insofern keine uneingeschränkte ist, als die hierfür in Frage kommenden Waren bzw. Zolltariffpositionen listensmäßig festgelegt sind. Die deutsche Wareneinfuhr nach Frankreich wird nach drei Listen geregelt: Liste A führt die Waren auf, für die Deutschland die gegenwärtig geltenden niedrigen französischen Zollsätze erhält; die Liste B, die den Hauptteil der deutschen Wareneinfuhr nach Frankreich betrifft, gibt die Waren an, für welche die französischen Zollsätze fest gebunden werden; und eine Liste C enthält eine geringe Anzahl von Waren, für die besondere Zwischenfälle gelten sollen. Eine untergeordnete Behandlung der Deutschland mit anderen Ländern teilt. Es ist bestimmt, daß mit dem 19. Dezember 1924 sämtliche Diskriminationen, die hinsichtlich der Wareneinfuhr nach vorhanden sind, fortfallen. Gegenüber dem Ausgangspunkten vom Jahre 1926, das nur für etwa 20 v. H. der deutschen Auslandsinteressen eine Regelung traf, bedeutet das neue Abkommen eine ganz erheblich weitergehende Einbeziehung der deutschen Waren. Über im Warenabfah ist Deutschland auch auf dem Gebiete der konsularischen Vertretung, der Niederlassung, der Schifffahrt usw. weitestbegünstigt. Eine Sonderregelung bezieht sich Marokko, um die in den letzten Tagen der dem Abfchluss am beiseiten gestimmt worden ist, und an der das Abkommen zu scheitern drohte. Hier haben wir für den Waren- und Schiffsverkehr völlige Meistbegünstigung erreicht. Nicht bagogen ist uns, auch nicht formell, das Recht der Niederlassung in Marokko zugesprochen worden. Man wird diese Regelung sehr bedauern müssen, wenn auch gegenwärtig eine anderweitige Abmachung nicht zu erzielen war; aber zu fordern bleibt, daß zu einem späteren, geeigneten Zeitpunkt diese Einschränkung ausgeräumt wird, so daß sie sich mit dem Grundsatze der Gleichstellung Deutschlands mit anderen Nationen nicht verträgt. Auch bezüglich der deutschen Handelsmissionen in Marokko, die sich nach dem Abfchluss des deutsch-französischen Handelsabkommens in der Vorberatung befindlichen französisch-japanischen Handelsvertrages effektiv werden.

Sehr erfreulich bagogen ist, daß Frankreich nun gleich anderen Verfaller Vertragsstaaten auf den im Teil VIII, Anlage II des D. v. D. sich findenden § 18 verzichtet, der den Vertragsstaaten die Möglichkeit wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen, z. B. Beschlagnahme deutschen Eigentums im Falle vorläufiger Nichterfüllung der Reparationsverpflichtungen gibt.

Die sehr umstrittene Frage der Regelung der französischen Weineinfuhr nach Deutschland ist so gelöst worden, daß Frankreich jährlich insgesamt bis zu 360 000 q Wein bei uns einführen kann, d. h. man hat eine Höchstmenge der Weineinfuhr festgelegt. Macht Frankreich von seinem obenwähnten außerordentlichen Kündigungrecht Gebrauch, so wird das Kontingent um die bereits abgelieferte Vertragsmenge vergrößert.

Das Gesamturteil über das Abkommen kann man dahin zusammenfassen, daß es in einzelnen wesentlichen Punkten noch durchaus ausbesserungsfähig ist, daß es aber in sehr weitgehendem Maße den deutschen Ausfuhrnotwendigkeiten Rechnung trägt. Eine vorstehende Darstellung des deutsch-französischen Wirtschaftsvertrages wird die wirtschaftlich günstige Folge des Abkommens sein. Hand in Hand mit einer solchen muß und wird aber auch eine zunehmende Entspannung auf politischem Gebiete eintreten. Eine Folgewirkung, die weit über die beiderseitigen Handelsgrenzen hinausgeht und dem Abkommen weitpolitische Bedeutung gibt.

### III. Um die Räumung.

Die Gegner der Abklärung sind in Frankreich in der letzten Zeit außerordentlich rührig gewesen. Besonntlich wartet Deutschland noch immer auf eine der wichtigsten „Klärungen“ des Vertrags von Locarno, nämlich auf die Verminderung der Besatzungstruppen. Es spricht manches dafür, daß den deutschen Wünschen, in welchem Ausmaß, ist freilich noch völlig dunkel, nun doch endlich entpönnen werden soll. Der französische Ministerrat hat einen derartigen Beschluf gefaßt, die Höhe des aus dem Rheinland zurückzuziehenden Truppenkontingents der Räumung nicht festgelegt. Die Gegner der deutschen französischen Verhandlung haben deshalb einen Beschluf mitteilt, um jedes Zugeständnis in der Rheinlandfrage zu hinterreiben oder doch mindestens dafür zu sorgen, daß es so winzig als möglich ausfällt. Man verfuhr dabei nach einem in den Jahr-

kriegsjahren immer und immer wieder angewandten Rezept: Man machte die Gefahr der deutschen Räumung, der bedrohten französischen Sicherheit, der militärischen Vorbereitungen in Deutschland mit den größten Farben an die Wand. Es ging Schlag auf Schlag. Der belgische Kriegsminister de Broqueville schloß phantastische Behauptungen über die deutschen Rüstungen, über den Ersatz bei der Reichsverwe usw. auf und wollte beweisen, daß Deutschland eine Art Krümpersystem anwende. Als die deutsche Regierung sich an die belgische wandte und Herrn de Broqueville aufforderte, seine Beweise auf den Tisch zu legen, verstande dieser sich hinter dem Geheimnis seiner Quellen, das er nicht lüften durfte. Bald darauf veröffentlichte Prof. Götter in der in Wiesbaden erscheinenden Zeitschrift „Menschheit“ in einer sehr unvollständigen Form „Entwürfen“ über angebliche deutsche Rüstungen und Pläne, die Reichsverwe umgefallen und in Deutschland wieder eine Art Wehrpflicht einzuführen. Auch dieser Entz wurden von der deutschen Regierung sofort energisch die Flügel beschneiden. Das hat sie aber nicht verhindert, im französischen und belgischen Wälderwald aufgeregt hin und her zu flattern. Profaisch ausgedrückt, die Verleumdungen der „Menschheit“, anders kann man es nicht nennen, wurden von der ganzen französischen und belgischen Presse mit größter Ausbreitung abgedruckt, wie das Evangelium gelaugt und gabten Stoff zu zahllosen Zeitartikeln, hauptsächlich natürlich in der Rechtspreffe, aber auch Zeitblätter, die sich in gewisser Weise mit einige der französischen Einseitigkeiten waren, unvorsichtigermaßen genau, nicht darauf vereinzuhalten. Sonst aber sah die französische und belgische Presse in den Behauptungen der „Menschheit“ einen schlüssigen Beweis für gewaltige deutsche Kriegsvorbereitungen.

Fast gleichzeitig mit der „Menschheit“ veröffentlichte eine französische Zeitschrift einen Bericht des Oberbefehlshabers der franz. Rheinarmee, des Generals Guillaumat, an das franz. Kriegsministerium, von dem sich nachher herausstellte, daß er tatsächlich echt war, allerdings schon aus dem Februar d. J. stammte. In diesem Bericht war ebenfalls ausführlich von angeblichen systematischen deutschen Kriegsvorbereitungen, besonders im Rheinland, die Rede. Die Tatsache, daß dort neue Brücken, Straßen und Flugplätze gebaut werden, daß neue Autobuslinien errichtet werden, ein Flugzeug, daß dem Bedürfnisse des modernen Verkehrs von den Behörden Rechnung getragen wird, wurde von dem franz. General als Beweis deutscher Kriegsvorbereitung hingestellt. Man ist ja in dieser Hinsicht von unserm weislichen Nachbarn alles mögliche gewöhnt. Daß aber ein franz. General und Armeekommandant eine derartig nach Ungünstigkeit aussehende Argumentation entwickeln könnte, hätte man doch nicht für möglich gehalten. Allerdings darf man vielleicht daran zweifeln, daß all das, was man von franz. Seite über angebliche deutsche Rüstungen immer wieder behauptet, von den Urhebern dieser Behauptungen selbst gelaugt wird. Vielleicht ist der Bericht des Generals Guillaumat so zu verstehen: Die aus dem Schlußpassus des Berichts hervorgeht, wollte der General damit das Entgegenkommen gegenüber Deutschland an sich befämpfen, und so ist die ganze Kampagne der letzten Wochen zu beurteilen. Es ist die Politik des Generals, der Militärs, des französischen Nationalismus, die mit dem Instrument des Verfaller Vertrages Deutschland auf alle Eventualität fnebeln möchte.

In diesem Zusammenhang ist wohl auch der Austritt des französischen Senators Henry de Jouvenel aus der französischen Völkerverbündungsdelegation zu betrachten. De Jouvenel, der seit mehreren Jahren regelmäßig Mitglied der französischen Völkerverbündungsdelegation gewesen ist, hat in einem Brief an Briand auf weitere Teilnahme daran verzichtet, und zwar mit der Begründung, daß er mit Frankreichs Politik im Völkerverbund nicht übereinstimme. In einem Artikel des „Matin“ hat Jouvenel seine Gründe dann noch etwas ausführlicher entwickelt. Er betonte, daß Frankreich in den letzten Jahren vielfach dazu betrogen habe, den Völkerverbund bei der Entscheidung der wirklich wichtigen internationalen Fragen auszuscheiden. Er, de Jouvenel, sei vielmehr dafür, daß der Völkerverbund diese Frage entscheide, und daß nicht, wie das bisher sehr oft der Fall gewesen sei, sich die europäischen Großmächte außerhalb des Völkerverbundes zusammenfinden und die wichtigen Fragen unter sich zur Entscheidung brachten. Frankreichs Aufgabe sei es, innerhalb des Völkerverbundes als Führer der kleineren europäischen Mächte ein europäischer Politik entscheidend zu wirken. Man hat diese Stellungnahme de Jouvenels sehr verschiednen interpretiert und persönliche Motive in erster Linie dahinter gesucht. Mag sein, daß der sehr ehrgeizige de Jouvenel nicht weit zufinden war, der vierte von Frankreichs Delegierten bei den Genfer Vernehmungen zu sein. Aber in der Hauptfrage richtet sich sein Protest gegen Briands Konzeption der europäischen Politik. De Jouvenel möchte, daß Frankreich mit seinen Bundesgenossen zusammen, also mit Belgien, Polen, der Tschechoslowakei und der kleinen Entente, innerhalb des Völkerverbundes einen Block bildet, der europäische Fragen nicht in Befürchtungen der Ausbreitung der eigenen Großmacht, sondern in der Befürchtung der Entscheidung bringt, weil er hofft, daß Frankreichs Position dann stärker sein wird. Jouvenel ist also ganz offenbar für eine Wiederbelebung der franz. Bündnis- und Hegemoniepolitik im Stile der ersten Nachkriegsjahre. Der ehrgeizige Mann nimmt wohl an, daß

der Nationalismus in Frankreich wieder stärker wird, bei den nächsten Wahlen vielleicht gar triumphiert, und will sich für eine entsprechende Regierungskombination eine Plattform schaffen. Aber vielleicht rechnet er damit ebenso falsch wie im Frühjahr 1924, als er dem damaligen zweiten Kabinett Poincaré beitrug, das dann durch

den Ausfall der Wahl nach links über den Haufen geworfen wurde. Schließlich ist Paris doch nicht Frankreich, und die Regierungen der Pariser Presse sind nicht immer ausschlaggebend für die Stimmung des franz. Volkes. Somit müßte man allerdings an der Möglichkeit einer Verjüngung mit Frankreich zuweilen ernsthaft zweifeln. —

## Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung von 1925.

Von Oberregierungsrat Dr. F. Burgdörfer, Mitglied des Statistischen Reichsamts.

Die eben so umfangreichen wie komplizierten Aufzählungsarbeiten der großen Volk-, Berufs- und Betriebszählung von 1925 sind jetzt in allen beteiligten statistischen Ämtern fast vollendet, daß die besten vorliegenden Ergebnisse, welche das Statistische Reichsamt — entsprechend dem Fortgang der Arbeiten der bei den statistischen Ämtern — seit Mitte vorigen Jahres in seiner Zeitschrift „Mittelstand und Statistik“ fortlaufend veröffentlicht, sich heute mehr in einem fastigen Gesamtbild unserer Volkswirtschaft ebnen. Um weitesten fortgeschritten ist — abgesehen von der Volkszählung, deren Hauptergebnisse bereits im Sommer 1925 und Frühjahr 1926 in größeren Sonderveröffentlichungen des Statistischen Reichsamts veröffentlicht wurden — die Bearbeitung der gewerblichen Betriebszählung, deren Hauptergebnisse das Statistische Reichsamt in Heft 4 des laufenden Heftes von „Mittelstand und Statistik“ veröffentlicht hat.

### I.

Die gewerbliche Betriebszählung, die in organischer Verbindung mit der gleichzeitigen Volkszählung, der Berufs- und der landwirtschaftlichen Betriebszählung durchgeführt worden ist,<sup>1)</sup> um-

faßt das „Gewerbe“ im weitesten Sinn des Wortes, also nicht nur Industrie und Handwerk, sowie Handel und Verkehr, sondern auch gewisse Randgebiete des Gewerbebegriffs, wie die landwirtschaftliche Gärtnerei und Tierzucht, die Hochseifherstellung, ferner das Theater, Musik- und Schaustellungsgewerbe, Gesundheitswesen und die hygienischen Gewerbe.

Im Rahmen dieses weitestgefaßten Gewerbebegriffs wurden am 16. Juni 1925 im Deutschen Reich (ohne Saar-gebiet, das wegen seiner vorübergehenden Auflösung von der deutschen Verwaltung nicht in die Zählung einbezogen werden konnte) gezählt: rund 3,5 Millionen gewerbliche Betriebe mit 18,4 Millionen beschäftigten Personen, 19,5 Mill. PS Kraftmaschinenleistung zum Antrieb von Arbeitsmaschinen, 37,0 Mill. PS Leistung der verwendeten (Land-, Wasser- und Luft-) Fahrzeuge aller Art.

Diese Zahlen vermitteln einen anschaulichen Gesamteindruck vom Umfang und der Bedeutung des Gewerbes im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft. Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen der gleichzeitig mit der Betriebszählung durchgeführten Berufs- und Volkszählung die Hälfte der gesamten Reichsbevölkerung (also rund 52 Millionen) aktiv im Wirtschaftsleben tätig. Das Gewerbe (in dem bei der Zählung angewendeten weiten Sinn des Wortes) umfaßt sonach mit seinen 18,4 Millionen gewerblich tätigen Personen rund drei fünftel aller Erwerbstätigen der deutschen Volkswirtschaft.

### II.

Gliedert man die Betriebs- und Personenzahlen nach den fünf Gewerbeabteilungen, welche die neue deutsche Gewerbe-Systematik unterteilt, so entfallen auf

Gewerbeabteilung	Betriebe		Beschäftigte Personen	
	Zahl	u. d.	Zahl	u. d.
A. Landwirtschaftliche Gärtnerei, Tierzucht, Fischzucht	17 890	0,5	61 730	0,3
B. Industrie und Handwerk (einricht. Bergbau und Baugewerbe)	1 942 913	55,3	12 482 442	67,9
C. Handel und Verkehr (einricht. Gast- und Schenkwirtschaft)	1 493 296	43,5	5 383 119	29,3
D. Theater, Musik- und Schaustellungsgewerbe und generell. Unterhaltungs- und Vergnügungsgewerbe	16 506	0,5	101 035	0,5
E. Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe	82 536	2,4	360 370	2,0
Gewerbe überhaupt	3 465 111	100	18 388 690	100

<sup>1)</sup> Vgl. meinen Aufsatz über „Ergebnisse der Volkszählung 1925“ in „Der Heimdienst“ vom 15. August 1926, Nr. 16.

## Gewerbliche Gliederung Deutschlands

12 482 442

nach der gewerblichen Betriebszählung von 1925

■ = Personen  
○ = Betriebe

5 383 119

523 135

116 932

Industrie und Handwerk  
(einschl. Bergbau und Baugewerbe)

B.L.D.

Handel u. Verkehr  
(einschl. Gast- und Schenkwirtschaft)

Handl., gewerbliche Unterhaltungs- und Gesundheitswesen

Entsprechend der außerordentlichen Vielgestaltigkeit und Vielfältigkeit unseres deutschen Gewerbelebens sind in der erwähnten amtlichen Veröffentlichung die fünf Gewerbeabteilungen in rund 700 einzelne Positionen unterteilt, und jede Gewerbeart und -klasse die wichtigsten Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung einzeln nachgewiesen. Die amtliche Statistik bietet so gewissermaßen eine das ganze Reich und das ganze Gewerbe umfassende Gewerbeaufnahme in Zahlen. Sie liefert damit nach dem ungewöhnlich langen Zeitraum von 18 Jahren, der seit der letzten gewerblichen Betriebszählung (1907) verstrichen ist und der, wie keine frühere Zählungsperiode, angefüllt war von beispiellosen Erschütterungen, von tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen, technischen Umwälzungen — endlich wieder eine zuverlässige zahlenmäßige Grundlage zur Beurteilung der vergleichsweise Bedeutung der einzelnen Gewerbeabteilungen im Rahmen der Gesamtwirtschaft, wie sie für die kommenden Aufgaben unserer Wirtschaftspolitik von besonderer Wichtigkeit erscheint.

### III.

Die Berufs- und Betriebszählungen werden regelmäßig als Stichtagszählungen, d. h. als Momentaufnahmen veranfaßt, ihre Ergebnisse müssen deshalb unter Berücksichtigung der besonderen Zeitverhältnisse, unter denen sie vorgenommen wurden, gewürdigt werden. Die große Zählung von 1925 fiel in eine Zeit in der durch das Vereinstreten von Auslandskrediten im Gefolge des Londoner Abkommens usw. das Wirtschaftsleben eine starke Belebung erfahren hatte, die ungefähr gerade in der Zeit der Zählung ihren Höhepunkt erreicht hatte. Wenigstens konnte es so scheinen. In Wirklichkeit lebten wir im Aufstiege einer gewissen, zum Teil noch von der Inflation her bedingten Aufblähung des Produktions- und Verteilungsapparates. Erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1926, also nach der Zählung, kam die Stabilisierungskrise zur vollen Auswirkung, kamen die Rationalisierungsbestrebungen in größerem Umfang in Gang, erfolgten zahlreiche Entlassungen, Umstellungen, Stilllegungen minderrentabler Betriebe und mit ihr zahlreiche Personalentlassungen. Mitte 1926, also zur Zeit der Zählung, hatten wir knapp 200 000, heute (Mitte April 1927) dagegen 1,2 Millionen Arbeitslose (Hauptunterstützungsempfänger und Arbeitsförderempänger), wobei allerdings auch die Saisonunterbreche noch eine gewisse Rolle spielen mußten. Da von den seit dem Zählungstag neu ins Erwerbsleben getretenen Personen mindestens 600 000 in Industrie, Handel und Verkehr unterzukommen suchten, bzw. untergekommen sind, ergibt sich, daß heute noch immer annähernd 1 500 000

bis 1 400 000 Arbeiter und Angestellte weniger im deutschen Gewerbe tätig sind als Mitte 1925 in den Betrieben gezählt wurden. Das deutliche Gewerbe beschäftigt heute nur wenig mehr Menschen wie bei Kriegsausbruch im größeren Reich beschäftigt waren.

Diese Tatsache muß nicht nur bei Würdigung der Ergebnisse der Zählung von 1925, sondern auch bei ihrem Vergleich mit den Ergebnissen der Betriebszählung von 1907 berücksichtigt werden. Dieser Vergleich begegnet überdies auch noch gewissen statistisch-methodischen Schwierigkeiten, da 1907 die gewerbliche Betriebszählung noch nicht in gleichem Umfang durchgeführt worden war, wie 1925. Scheidet man die 1907 nicht erfaßten Gewerbezweige, das sind insbesondere Eisenbahn und Post, auch bei der Zählung von 1925 aus, so ergibt sich folgendes Bild:

	Gewerbebetriebe	gewerbeltätigen Personen überhaupt	darunter weiblich
1907 a) früheres Reichsgebiet . . .	3 315 000	14 585 000	5 525 000
b) jetziges „ (ohne Saar) . . .	2 985 000	13 275 000	5 282 000
1925 jetziges „ . . .	2 412 000	17 035 000	4 565 000

Innerhalb des heutigen Reichsgebietes (ohne Saargebiet) hat folglich:

die Zahl der gewerblichen Betriebe um	429 000 oder 14,4 v. H.
„ „ „ gewerbeltätigen Personen „	3 778 000 „ 28,5 „
„ „ „ weibl. „ „	1 285 000 „ 59,1 „

zugunommen.

Was haben diese Zahlen zu bedeuten? Um das beurteilen zu können, muß man sie zunächst in das Licht der Bevölkerungsstatistik rücken.

## IV.

Die Gesamtbevölkerung hat sich in der gleichen Zeit

innerhalb des heutigen Reichsgebiets nur um 13 v. H. erhöht. Infolge der eigenartigen Verschiebungen, welche sich im Altersaufbau der Bevölkerung infolge des Kriegsgeburtenausfalls von 3½ Millionen Ueberlebenden, des scharfen Geburtenrückgangs nach dem Krieg und des Einrückens der noch ungebrochenen starken Geburtsjahrgänge 1900/10 in das Erwerbsalter ergeben haben, hat die Zahl der in erwerbsfähigen Alter stehenden Bevölkerung jedoch doppelt so stark als die Gesamtbevölkerung, nämlich um 26,4 v. H. zugenommen, und zwar bei den Männern, obwohl deren Zahl durch zwei Millionen Kriegstodesfälle reduziert ist, immerhin um 22,1 v. H., bei den Frauen sogar um 30,5 v. H. Dieser Zuwachs an erwerbsfähigen Menschen suchte in erster Linie sein Unterkommen in Industrie, Handel und Verkehr, während die Landwirtschaft — wie auch schon in den früheren Zählungsperioden — keine oder nur wenige neue Arbeitskräfte aufnehmen konnte.

Die Zahl der im Gewerbe tätigen Personen hat sich deshalb relativ noch rascher erhöht als die Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung, nämlich um 25,0 v. H. bei den Männern und 59,1 v. H. bei den Frauen und um 28,5 v. H. im Gesamtdurchschnitt. Die notwendige weibliche Kräfteverteilung hat sich damit noch weiter im Sinn einer Verdrängung des zahlenmäßigen Gewichtes von Industrie, Handel und Verkehr verschoben, m. a. W. der Industrialisierungsprozeß, der gewissermaßen eine notwendige Folge unseres Bevölkerungszuwachses ist, hat damit noch weitere Fortschritte gemacht, wenn auch offenbar nicht mehr in dem Tempo wie in den letzten Jahrzehnten vor dem Krieg.

## V.

Als weitere bedeutsame wirtschaftliche Strukturveränderung ist die ungemessen stark Zunahme des Handelsgewerbes zu bezeichnen. Während in der gesamten Industrie (einschl. Handwerk) die Zahl der Betriebe nur um 35 000 oder noch nicht 2 v. H. zugenommen hat, beträgt im Handelsgewerbe (ohne Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, das zurückgezogen ist, und ohne Verkehr) die Zunahme der Betriebe 450 000 oder 62 v. H. Die Zahl der beschäftigten Personen hat sich in der gesamten Industrie um 2,6 Millionen oder 26,8 v. H., im Handelsgewerbe um 1,2 Millionen oder 59 v. H., also verhältnismäßig doppelt so rasch als in der Industrie erhöht. Am stärksten zugenommen hat zweifellos die Zahl der kleinen Einzelhandelsbetriebe. Man hat es hier noch mit gewissen Nachwirkungen der Inflationszeit zu tun. Im ganzen ergibt sich aus der gewerb-

lichen Betriebszählung, daß sich — gemessen an der Zahl der beschäftigten Personen — das frühere Verhältnis zwischen Produktions- und Verteilungsapparat zahlenmäßig sehr erheblich in die Richtung einer starken Ausweitung des Verteilungsapparates verschoben hat und daß innerhalb des Verteilungsapparates der Einzelhandel stärker zugenommen hat als der Großhandel.

## VI.

Allerdings darf man nicht übersehen, daß — und das gilt vor allem für die Industrie — im Zeitalter der Maschinenisierung und Rationalisierung die Zunahme der menschlichen Arbeitskraft allein kein vollständiger Ausreiß für die Zunahme der Produktionskapazität ist. Steht man in Rechnung, daß die Leistung der zum Antrieb von Arbeitsmaschinen verwendeten Kraftmaschinen sich in der deutschen Industrie von 1907 bis 1925 nahezu verdreifacht hat, so ergibt sich hieraus, daß das Leistungsermögen der deutschen Industrie erheblich stärker gewachsen ist als es die Zunahme der Personenzahl anzudeuten scheint, daß also die Zunahme der Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates nicht so stark hinter der Ausweitung des Verteilungsapparates zurückbleibt, wie es nach der Personenzahl den Anschein hat.

## VII.

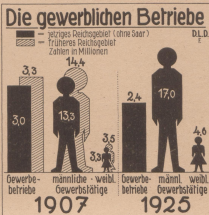
Auch beim Vergleich zwischen den einzelnen Industriezweigen muß neben der Personenzahl immer auch die Ausrichtung mit motorischen Kräften berücksichtigt werden, zumal hinsichtlich des Verhältnisses zwischen menschlicher und motorischer Kraft erhebliche Unterschiede in den einzelnen Industriezweigen bestehen.

Die umfassende Übersicht zeigt, daß die auf Deckung des lokalen Bedarfs gerichteten Gruppen mit starkem handwerklichen Einschlag nach der Zahl der Betriebe, wie auch nach der Zahl der beschäftigten Personen noch immer an der Spitze marschieren; sie zeigt aber auch, daß es innerhalb der gewerblichen Produktion gerade diese Gewerbegruppen sind, welche die geringste Zunahme seit 1907, zum Teil sogar eine Abnahme erfahren haben. Baugewerbe, Bekleidungs- und Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, welche zusammen 4,5 Millionen Personen oder mehr als ein Drittel des Gesamtpersonals von Industrie und Handwerk beschäftigen, haben ihren Personalsatz seit 1907 durchschnittlich um nur 6 v. H. erhöht, die übrigen Industriezweigen dagegen durchschnittlich um über 40 v. H. Während 1907 die drei genannten Gewerbegruppen noch rund zwei Fünftel der in Industrie und Handwerk beschäftigten Personen auf sich vereinigten, sind es 1925 nur noch ein Drittel. Das Schwergewicht innerhalb der gewerblichen Produktion hat sich zugunsten der Grundstoff- und Produktionsmittelindustrien stark verschoben. Die der Herstellung von Konsumgütern dienenden Gewerbezweige, besonders die Klein- und handwerklichen und handwerksmäßig organisierten, können mit dieser Entwicklung nicht gleichen Schritt halten.

Beachtenswert ist immerhin, daß die drei genannten Gewerbegruppen — Nahrungs-, Bekleidungs- und Baugewerbe — die, wie gesagt, in der Hauptsache dem Handwerk zuzurechnen sind, noch immer 1,5 Millionen Betriebe auf sich vereinigten, das sind drei Fünftel der Gesamtzahl der Industrie- und Handwerksbetriebe. Auch von den anderen Gewerbegruppen entfällt zweifellos ein sehr erheblicher Teil der Betriebszahl auf Handwerk und auch auf das Baugewerbe, so namentlich von den 150 000 Betrieben der Eisen- und Metallwarenerstellung, von den 125 000 Betrieben der Textilindustrie, von den 220 000 Betrieben des Holz- und Schnitstoffgewerbes. Ein genaueres, zahlenmäßig noch besser begründetes Urteil über den heutigen Umfang und die Widerstandskraft des Klein- und Handwerks wird die in absehbarer Zeit zu erwartende Gliederung der Gewerbebetriebe nach Betriebsklassen ermöglichen. Das Gros der selbständigen handwerklichen Erzeugnisse ist nach der Betriebszahl zu urteilen — durch die rasche großindustrielle Entwicklung keineswegs verdrängt worden, wohl aber hat sich das Schwergewicht der gewerblichen Gesamtproduktion — gemessen an der Zahl der verwendeten menschlichen und motorischen Arbeitskräfte — unausföhrlich zugunsten der Großindustrie verschoben.

## VIII.

Hand in Hand mit der Entwicklung zur Großindustrie geht auch das Kleingewerbe, das sich in das Gewerbeleben zwar beschäftigt — abgesehen vom Handel — gerade auch das Klein-



## Industrie und Handwerk nach Gewerbegruppen.

Gewerbegruppe	1925			1925 mehr (+) oder weniger (-) gegenüber 1907			
	Zahl der Betriebe	Beschäftigte Personen	darunter weiblich	Betriebe s. d.	In- gesamt s. d.	weiblich s. d.	Arbeits- kraft- anteil s. d.
III. Bergbau, Salinenwesen, Steinsolbrüche . . .	2 668	299 492	9 496	- 17,8	+ 57,4	- 22,8	+ 250
III A. Mit Bergbau verbundene Industrie . . .	94	149 981	1 340	- 11,8	+ 4,4	+ 23,8	+ 100
IV. Industrie der Erze und Erden . . .	33 640	432 002	90 888				
V. Eisen- und Metallgewerbe . . .	3 600	322 154	13 060	+ 65,4	+ 60,0	+ 136,4	+ 310
V A. Mit Eisen- und Metallgewerbe verbundene Industrie . . .	461	282 410	18 624				
VI. Herstellung von Eisen, Stahl u. Metallwaren . . .	149 329	852 600	148 780	+ 10,6	+ 22,6	+ 69,9	+ 120
VII. Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau . . .	41 195	1 220 653	71 419	+ 191,3	+ 74,9	+ 477,4	+ 320
VIII. Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik u. Optik . . .	47 104	598 000	145 011	+ 130,7	+ 251,8	+ 495,7	+ 70
IX. Chemische Industrie . . .	9 792	314 323	73 447	+ 19,9	+ 59,9	+ 78,7	+ 350
X. Textilindustrie . . .	122 696	1 190 130	681 202	+ 9,8	+ 17,7	+ 31,0	+ 60
XI. Papierindustrie u. Veredelungsindustrien . . .	35 658	599 936	191 898	+ 13,6	+ 38,7	+ 16,7	+ 130
XII. Leder- und Felleindustrie . . .	33 648	164 050	28 865	+ 5,8	+ 29,3	+ 60,0	+ 140
XIII. Papierdruck u. Buchbinderei . . .	1 353	67 712	28 865	+ 274,4	+ 139,2	+ 197,9	+ 340
XIV. Holz- u. Schreinerhandwerk . . .	213 091	945 857	88 194	+ 2,8	+ 22,6	+ 7,2	+ 20
XV. Musikinstrumenten- u. Spielwarenindustrie . . .	20 140	118 016	41 294	+ 40,3	+ 42,8	+ 82,3	+ 30
XVI. Nahrungs- u. Genussmittelgewerbe . . .	291 904	1 845 964	288 938	+ 9,5	+ 15,2	+ 41,0	+ 70
XVII. Bekleidungsindustrie . . .	800 856	1 439 715	748 044	+ 12,8	+ 28,8	+ 7,2	+ 20
XVIII. Baugewerbe (einschl. der Baubewerke) . . .	234 097	1 469 949	34 991	+ 11,2	- 1,1	- 9,9	+ 200
XIX. Wasser-, Gas- und Elektrizitätswirtschaft . . .	7 905	141 898	5 544	+ 139,1	+ 113,1	+ 491,1	+ 70
Zusammen Industrie und Handwerk . . .	1 542 913	12 482 432	2 872 813	+ 1,9	+ 26,8	+ 38,6	+ 130

\*) Für die Wasser-, Gas- und Elektrizitätswirtschaft liegen keine vergleichbaren Ergebnisse für 1907 vor.

gewerbe und Handwerk von jeher eine große Anzahl von Frauen, vor allem das Bekleidungs- und Textilgewerbe, wo Frauen teils selbständig (als Schneiderin, Putzmaschinen- oder als Hausgewerbetreibende in der Konfektion usw.) oder als mithelfende Familienangehörige im Betriebe des Mannes oder Vaters tätig sind. Der große Zuwachs an weiblichen Gewerbetätigen ist aber vor allem in der Großindustrie untergekommen, wo — dank der Mechanisierung, der Motorisierung und Arbeitsteilung — die Frau teils im Produktionsprozeß selbst, teils im Verwaltungs- und Bürobetrieb festen Fuß gefaßt hat.

Hat sich so auf der einen Seite mit der modernen Gestaltung des industriellen Produktionsprozesses die Möglichkeit für die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte erhöht, so erwuchs andererseits ein erhöhter Andrang von Frauen in das Gewerbeleben aus der Not der Zeit. Der Krieg hat Hunderttausenden von Frauen die Aussicht auf Ernte, die Inflation weiteren Hunderttausenden von Frauen die auf Privatvermögen beruhende wirtschaftliche Existenzgrundlage entzogen oder geschmälert. Deutsches und auch aus dem Reich nach größerer persönlicher Unabhängigkeit und Selbständigkeit ergab sich ein stärkerer Andrang der Frauen ins Erwerbsleben und vor allem ins Gewerbeleben. Die Zahl der erwerbsfähigen Frauen hat von 1907 bis 1925 um 30,5 v. H. die Zahl der gewerbetätigen Frauen dagegen um 39,1 v. H. zugenommen. In Industrie und Handwerk beträgt der Zuwachs an weiblichen Erwerbstätigen rund 800 000 oder 35,6 v. H., im Handelsgewerbe 450 000 oder 69,8 v. H.

Der absolute Zahl nach sind die meisten Frauen im Handelsgewerbe beschäftigt (1,14 Millionen), das ist, ähnlich wie die Landwirtschaft, der weiblichen Erwerbstätigen, der noch nach der mittelfreien Tätigkeit im Familienangehörigen, weitestens Spielraum bot. Relativ am stärksten ist der Anteil der Frauenarbeit im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe (61 v. H.), nachstehend in der Textilindustrie (57 v. H.) und dem Bekleidungs- und Bekleidungs- (52 v. H.). In den übrigen Gewerbegruppen beträgt der Anteil der Frauen weniger als die Hälfte der beschäftigten Personen, ist aber in einzelnen Gewerbegruppen der absolute Zahl nach noch recht beträchtlich. Die wichtigsten Arbeitsgebiete der Frau im Gewerbeleben sind nach den Ergebnissen der Zählung von 1925 folgende:

Gewerbegruppen	Zahl der gewerbetätigen Frauen	v. H. der beschäftigten Personen
Handelsgewerbe . . . . .	1 144 000	36,7
Bekleidungs- und Bekleidungs- . . . . .	748 000	29,1
Textilindustrie . . . . .	681 000	57,0
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe . . . . .	403 000	35,9
Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe . . . . .	450 000	60,7
Papierindustrie und Veredelungsindustrien . . . . .	192 000	33,7
Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe . . . . .	150 000	44,1
Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik, Optik . . . . .	144 000	24,5
Herstellung von Eisen, Stahl- und Metallwaren . . . . .	144 000	16,9

## IX.

Die industrielle Entwicklung ist in den einzelnen Reichsteilen nicht gleichmäßig verlaufen. Einzelne Reichsgebiete tragen hinsichtlich ihres Gewerbebestandes vorwiegend fliegendes, handwerkliches Gepräge, andere dagegen, oder allein solche, die in größerem Ausmaße durch natürliche Bodenschätze und Industriehoffe verfügen oder durch günstige Verkehrslage und ähnliche Vorzüge aus-

gezeichnet sind, haben eine starke Großindustrie entwickelt.

Besonders weit fortgeschritten ist die großindustrielle Entwicklung in Rheinland-Westfalen. Beide Provinzen, die zusammen 19,3 v. H. der Reichsbevölkerung umfassen, vereinigen auf sich zwar nur 13,3 v. H. der Industrie- und Handwerksbetriebe, aber 22 v. H. der in der Industrie tätig. tätigen Personen und über zwei fünftel (42 v. H.) der verwendeten motorischen Arbeitskraft. Dagegen ist beispielsweise Bayern — obwohl auch dort einzelne recht bedeutende Industrien sich entwickelt haben — bei einem Bevölkerungsanteil von 11,8 v. H. zwar mit 13,2 v. H. an der Zahl der Betriebe, aber nur mit 10,1 v. H. an der Zahl der in Industrie und Handwerk tätigen Personen und gar nur mit 7,5 v. H. an der gewerblich verwendeten Gesamtkraftleistung des Reichs beteiligt.

Die Verschiedenheit der industriellen Struktur und des Grades der industriellen Entwicklung bewirkt naturgemäß auch starke Verschiedenheiten in der Bevölkerungsentwicklung. In dem die Industrie das wichtigste Sammelbecken für den Zuwachs an erwerbsfähiger und arbeitssuchender Bevölkerung bildet — von 1907 bis 1925 fast 2,6 Millionen Erwerbstätige neu in der Industrie untergekommen — geht Hand in Hand mit ihrer Erhaltung auch eine Erhaltung der industriellisierten Reichsteile hinsichtlich ihrer Volkzahl ihrer Wirtschafts- und Steuerkraft. Der relative Anteil der Industriegürtens an der Gesamtheit der Reichsbevölkerung wuchs, wie ich bereits in Nr. 16 des Jahrganges 1926 dieser Zeitschrift kurz ausgeführt habe, von Zählung zu Zählung auf Kosten der vorwiegend ländlichen, landwirtschaftlichen, kleingewerblichen Reichsteile. Daraus resultieren zwar langsame aber unaufhaltsame Wandlungen im innerdeutschen wirtschaftlichen Kraftfeld, ja noch mehr im inneren Reichs- und Staatsgefüge, die nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im bevölkerungs-, sozial- und allgemein staatspolitischen Hinsicht beachtenswert erscheinen.



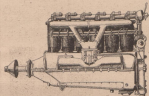


## Die Tarifverträge im Deutschen Reich am 1. Januar 1926.

Am 1. Januar 1926 arbeiteten (nach): Die Tarifverträge im Deutschen Reich am 1. Januar 1926, 40. Sonderheft zum Reichs-  
arbeitsblatt, K. Robbing, Berlin 1927) 114 302 Personen in  
Deutschland unter Tarifverträgen; das sind etwa 60,8 v. H. sämtlicher  
Arbeitnehmer in Landwirtschaft, Industrie und Handel nach dem  
Stande der Berufszählung von 1925. Die Zahl der tarifvertraglich  
Gebundenen ist gegenüber dem Jahre 1925 um 800 000 gestiegen.  
Gleichzeitig stieg die Zahl der unterliegenden Erwerbslosen auf  
965 000. Die Bilanz dürfte also folgende sein: Die Zahl der  
tarifvertraglich Gebundenen hat sich seit dem Vergrößerung der  
Tarifvertragsbewegung der Arbeiter sehr eine gewisse Stabilität,  
der Anteil der Angehörigen der tarifvertraglichen ist ständig im Wachsen.  
Gegensätzlich betreffen 21,5 v. H. aller Tarifverträge Angestellte, von  
den Gewerbegruppen fehlt hinsichtlich der tarifvertraglich  
gebundenen Arbeitnehmer die Gruppe Eisen-, Stahl- und Metall-  
warenindustrie mit 14,5 v. H. (1 614 000) an der Spitze. Es folgen  
Kunstgewerbe mit 11,8 v. H. (1 315 750), darunter 201 v. H.  
(582 000) aller durch Tarifvertrag erfassten Frauen, und Bergbau  
mit 10,5 v. H. (1 200 000). Die Gruppe der Kleingewerbe und Klein-  
handel die größten Siffern auf. Hier arbeiten 1,94 Millionen unter  
Tarifvertrag. Im zweiten Stelle steht der Freistaat Sachsen mit  
1,1 Millionen. Es folgen Bayern (0,9 Millionen), Niederösterreich  
(720 000) und am flünster Stelle Berlin (694 000). Hinsichtlich des  
Geltungsbereiches des einzelnen Tarifvertrages halten sich  
der Zahl nach Firmen- (52,7 v. H.), Orts- (30,5 v. H.) und Berufs-  
tarifverträge (55,8 v. H.) ziemlich die Waage. Die letzteren erlassen  
aber nicht weniger als 76,5 v. H. der tarifvertraglich gebundenen  
während an den Ortsverträgen nur 15,5 v. H. an den Firmen-  
verträgen 5,2 v. H. enthalten. Der nicht unterbeträchtliche Rest von  
1,5 v. H. der Personen ist durch Reichstarifverträge (1 v. H. aller  
Tarife) gebunden. Der einzelne Tarifvertrag umfaßt im Gesamt-  
durchschnitt aller 104,7 Betriebe und 1478,9 Personen (1925 waren  
es 110,7 Betr. und 1676,9 Personen, 1914 13,5 Betriebe und  
128,8 Personen). Von den am 1. 1. 1926 in Kraft stehenden Tarif-  
verträgen waren 11,9 v. H. für 37,5 v. H. der tarifvertraglich  
gebundenen Arbeitnehmer auf Grund eines Schiedsprüch-  
es zu Stande gekommen. Nach Streik der letzten Jahre  
4,1 v. H. der Verträge, 5,5 v. H. der Beschäftigten abgedolten.  
Die Regelung, die über die Möglichkeit der Fortsetzung noch der  
Arbeitszeitregelung zu tun, allerdings auch nicht für zu kurzer  
Zeit — zu finden, entspricht es, daß von den 55,8 v. H. der Ver-  
träge für 79,6 v. H. der Personen, in denen die Dauer vereinbart

über, die Hälfte, nämlich 58,7 v. H., für 65 v. H. der fraglichen Personen, eine Dauer von 12 v. H. für 14 Jahre vorliegen. 15 v. H. dieser Verträge für 19,1 v. H. der Beschäftigten gelten bis zu 2 Jahren. Auf 34 bis 54 v. H. der Verträge für 13,6 v. H. der Verträge für 11, 5 v. H. der Personen abgeschlossen. Der Rest entfällt auf ganz kurzfristige bzw. sehr langfristige Tarifabschlüsse. In etwa 92 v. H. aller Verträge und für ebenfalls 92 v. H. der tarifvertraglich Gebundenen, ist die Dauer der Arbeitszeit gesetzlich geregelt. Von diesen Verträgen setzen sich 28,8 v. H. für 18,4 v. H. der Arbeitnehmer, 27,7 v. H. für 28,1 v. H. der Beschäftigten auf 48 Stunden einschließlich der Pausen fest. Eine längere Arbeitszeit ist vorgesehen in 6,6 v. H. dieser Verträge für 11,5 v. H. der durch Tarifverträge mit Arbeitszeitzetreglung gebundenen Personen (hauptsächlich in Land- und Forstwirtschaft, im Gastwirtschafts- und im Gesundheitswesen). Weniger sind vereinbart in 9,5 v. H. der in Frage kommenden Verträge für 10 v. H. der Beschäftigten (davon bis zu 42 Stunden bei 5,9 v. H. [vorwiegend Bergbau]; 42 bis 48 Stunden bei 5,2 v. H. [ebenfalls vorwiegend Bergbau]; 48 bis 54 Stunden bei 2,7 v. H. [hauptsächlich Gastwirtschaft]). Die 11 v. H. a. b. s. frage ist für 89 v. H. der Verträge für 95 v. H. der tarifvertraglich Gebundenen geregelt. Bei der Hälfte dieser Verträge und für 55,2 v. H. der fraglichen Arbeitnehmer ist die Mindestdauer auf bis zu 3 Tagen festgesetzt, bei 4 v. H. der Verträge und Personen auf 3 bis 6 Tage. Mehr als 6 Tage Mindestdauer setzen nur 8,1 v. H. der Verträge für 5,9 v. H. der in Frage kommenden Personen vor. Fast überall in diesen Fällen ist auch die Höchstdauer tarifvertraglich bestimmt. Die Verträge 6 Arbeitszeit bei etwa 29 v. H. der Verträge und Personen, 26,8 v. H. der Verträge und Personen, 18,7 v. H. der mehr als 18 Tage bei etwa 5 v. H. der fraglichen Verträge und Arbeitnehmer. In wachsendem Maße wird auch die Kündigungsfrist des einzelnen Arbeitsverhältnisses tarifvertraglich geregelt, im Durchschnittsfall bei 43,2 der Verträge und 42,5 v. H. der Personen. Für 45,1 v. H. der fraglichen Arbeitnehmer betrug sie bis zu 2 Wochen, für 51,8 v. H. über einen Monat. Zu erwähnen ist schließlich, daß für 67,6 v. H. der tarifvertraglich gebundenen Arbeitnehmer Arbeitslosen im Tarifvertragsbereich ist, für die Hälfte eine längere Arbeitszeit am selben Arbeitsplatz, für 28,8 v. H. eine kürzere Arbeitszeit, für 90 v. H. der Beteiligten freiwillige Einigungs- und Schlichtungsorgane bestehen und daß in einer Reihe wichtiger Verträge (15,5 v. H. aller, aber für 42,8 v. H. der tarifvertraglich gebundenen) Bestimmungen über das Kündigungsverfahren enthalten sind.

## Junfers : Arbeit.



werten. Sie fanden ihre Krönung darin, daß es am 3. August den Junkers-Weeren gelang, mit der W 55 L auch den Weltrekord von 51 Minuten 14 Minuten, der im Besitz von America war, an sich zu bringen, indem die Piloten Jährling und Egarad 32 Stunden 24 Minuten in der Luft blieben. Die W 55 L ist die erste und einzige Gradualmaschine, die nicht nur in der Luft, sondern auch auf dem Wasserflugfeld richtig hat ein Flugzeug dieses Typs auf dem Wasser auf dem Kaffeebo von Dessau nach Persien befördert. Der 52-Stunden-Rekord bestätigt also auch das Prinzip von Junkers, Rekordflüge nicht vom Standpunkt sportlichen Erfolges aus, sondern im Rahmen ihrer auf die praktische Entwicklung der Handelsluftfahrt einwirkenden Faktoren zu unternehmen. Die Junkers-Rekordflüge, sei es in der Luft oder auf dem Wasser, sind nicht nur als Rekordflüge, sondern auch als wirtschaftliche Aufstellung, die auf die wirtschaftliche Entwicklungsmaßnahmen, d. h. in der Nähe bestimmter Meilen Markte, durchgeführt,

Unter diesem Gesichtspunkt der verkehrstechnischen Entwicklung sind auch die Vorbereitungen für den vom Norddeutschen Lloyd, der Darmstädter und Nationalbank und der Harzi-Pressé finanzierten Ozeanflug zweier Junkers-Flugzeuge W 35 L „Europa“ (Besatzung: Rißt, Eddard, Ankerboder) und „Bremen“ (Besatzung: Loofe, Köhl, v. Bünefeld) getroffen worden und, so kann man wohl sagen,

auch der am 14. begonnene Flug über den Atlantik durchgebrochen worden, als so schweres Wetter einfiel, daß die Fortsetzung nicht zu rechtzeitigen Vorentscheidungen gewesen wäre. Denn auch der Flug infolge höherer Gewalt nicht zum erfolgreichen Ende geführt werden konnte, so hat insbesondere der 22stündige Sturmflug der „Bremen“ vom Delfa in Kurs über die Nordsee, Schottland (Dundee), Kancfer, Irland (Dublin), Südfälle Jrelans, Delfa, ein Kapital wertvoller Erfahrungen gebracht, die man wohl als die ersten Vorfluden ansehen kann, ohne die ein späterer transatlantischer Luftverkehr nicht einzurichten ist. Der Verlust einer Ozeanüberquerung mit Junkers-Flugzeugen dürfte ebenfalls als ein nicht zu abschätzen sein. Ein gewisses Interesse hat auch diesen Flug begleitet, daß eine große Zahl von Passagieren abgelehnt wurde, eine solche große Reise auf der Wetterlage ab; jedenfalls hat das Interesse an dem Projekt bei den Junkers-Werken nicht nachgelassen, um so mehr, da der Flug der „Bremen“ gezeigt hat, daß das Flugzeug, der Motor und die gesamte Instrumentierung ihre Tüchtigkeit durchaus erwiesen haben.

Die Tatsache, daß das Projekt eines Özeanflusses nicht vom sportlichen, sondern vom Entwicklungsländpunkt aus angesehen wird, ist auch wieder ein Beweis des Junferschen Selbstbes, das Forschung, Konstitution, Praxis, d. h. Einsatz des Flugzeuges im Verfe, untrennbar sind. Diese Eigenheit der Junferschen Arbeitsmethoden ist durch den Konzeptionsablauf charakterisiert. Der Junfermann, der die Einzelteile des Flugzeuges konstruiert, ist ein Apparatefabrikant, in ihm schlägt sich eine Konzeptionsart, ein Flugzeugwerk, eine Motorenbaug. m. b. H. und ein Kaloriferwerk. Auf Grund der erwähnten Einstellung, daß auch in Verbindung mit Forschung und Konstitution der Einsatz in der Praxis zusammenhängen muß, gebürte bis 1925 zum Junfers-Konzern die Junfers-Ölrefinerie-A.G., die in Konkurrenz mit dem Nero-Kloyd den Petrochemikalienmarkt beherrschte. Der Junfers-Konzern, der in der Refinerieumschiffung wurde 1925 ein Luftschiffwerk, überlebte, aus der die Reichs-Einheitsluftschiffbau Deutsche Luft-Ranta A.G.

hervorging. Um aber die Sammlung technischer, wirtschaftlicher und organisatorischer Erfahrungen in einer Hand weiter zu gewährleisten, betreiben die Junkers-Werke nach wie vor Luftverkehr im Auslande, teils durch eigene Gründungen, teils durch Beteiligung an ausländischen Gesellschaften. Die systematische, technische, wirtschaftliche Forschungsarbeit ist also durch den Entwicklungszugang von der Forschungsanstalt über das Flugzeugwerk und Motorenbaubetrieb hin zu einer in der Praxis gesichert.



Junkers bereits mit ihren Problemen und brachte 1910 ein Patent heraus, das die Schaffung eines freitragenden, verspannungslängigen Metallendbeckens in einer aerodynamisch günstigsten Form vorschlug. Nach Anwendung des diesen Flugzeugprofils, in Anlehnung an dieses Prinzip sind alle Junkers-Konstruktionen, mit denen 1915 begonnen wurde, geschaffen worden und in planmäßiger Weiterentwicklung von dem Verkehrsluftzeug 1919, der bekannten Type F 13, über das Dreifachschrauben-Verkehrsluftzeug G 24 zu der neuesten Großflugzeugtype G 31 von 1200 PS, die bereits mehrere große Auslandsflüge zurückgelegt, durchgeführt worden. Abgesehen von diesen sind Typen wie K 16, A 20, die oben erwähnte Frachtmachine W 53, die sich aus der F 13 entwickelt hat, W 34 und andere geschaffen worden.

Die Typen, die im deutschen Luftverkehr und auch in dem von Junkers im Auslande betriebenen Luftverkehr am zahlreichen eingesetzt sind, sind das vierflügelige Kabinenflugzeug F 13 und das neunflügelige Großflugzeug G 24. Das neueste Ergebnis der Junkers-Werke, die dreimotorige G 31, die verschiedenste größere Auslandsflüge erfolgreich durchgeführt, stellt das gegenwärtig größte deutsche Konstruktionsdar. Das Flugzeug, das in mehrere Kabinen eingeteilt ist, ist sowohl für den reinen Frachtverkehr als auch für den kombinierten Personen- und Frachtverkehr vorgesehen. Insgesamt können 15 Passagiere in der Kabine Platz finden.

Es fliegen heute Junkers-Flugzeuge in fast jedem Land Europas. In Schweden betreibt die „Aero-Transport“, in Finnland die „Aero O. N.“ Luftverkehr mit Junkers-Flugzeugen. In der Schweiz arbeitet die „Alptra“ zum großen Teil mit Junkers-Flugzeugen, ebenso in Österreich die „Österreichische Luftverkehrs-A.G.“ und in Spanien die „Union Aérea Española“. In Italien wird die Strecke der „Transadriatica“ Wien-Venedig mit Junkers-Flugzeugen betrieben und in Bulgarien hat die „Große Bulgarische Nationale Luftverkehrsgesellschaft“ Junkers-Flugzeuge eingesetzt. Die Deutsche Luft-Hansa betreibt ihre ins Ausland laufenden Strecken ebenfalls vorwiegend mit Junkers-Flugzeugen, so sind diese auf den Strecken Berlin-Paris, Berlin-Köln eingesetzt. Aber nicht nur in jedem Land Europas fliegen Junkers-Flugzeuge, sondern auch jeder Erdteil, mit Ausnahme Australiens, hat Junkers-Flugzeuge gesehen, sei es nun im regelmäßigen Verkehr, als Eigenprodukt ausländischer Fabriken, sei es auf wissenschaftlichen oder wirtschaftlichen Expeditionen oder auf Propaganda- und Diplomatflügen.

Schon 1919 zeigten Junkers-Flugzeuge der kolumbianischen Gesellschaft Scadia in Südamerika die deutsche Flagge, 1922 ließ sich in Buenos-Aires die Mission Junkers nieder und trug zum Ausbau des Luftverkehrs in Südamerika erheblich bei. Von ihr wurde 1923 der „Aero Lloyd Cordoba“ gegründet, der seine Strecken mit Junkers F 13 betreibt. Auch der Nachbargebiet Bolivien setzte sich lebhaft für die Luftfahrt ein und eröffnete mit zwei Junkers-Flugzeugen die Strecke Cochabamba-Sta. Cruz. In Argentinien fliegt die F 13 zwischen Buenos Aires-Montevideo und Cordoba-Rio Cuarto im Dienst, in Brasilien die G 24 zwischen Rio de Janeiro-Rio Gr. do Sul.

In Asien sind es Rußland, Persien und die Türkei, die sich besonders die Entwicklung der Handelsluftfahrt zugewandt haben. Junkers-Flugzeuge versehen den regelmäßigen Dienst auf den Strecken Teheran-Pahlevi, Teheran-Kaschidjirin, Teheran-Tabriz. Im asiatischen Rußland betreibt die „Dobrohot“ in der Hauptstadt ihre Strecken mit Junkers-Flugzeugen.

In Afrika haben Junkers-Flugzeuge in den nördlichen Randgebieten Verwendung gefunden, und zwar in ihrer Eigenschaft als Jagdflugzeuge. So hat Italien Junkers-Flugzeuge in Tripolis und das spanische Rote Kreuz die gleiche Type in dem Marokkogegebiet eingesetzt.

Neben dieser regelmäßigen Verwendung von Junkers-Flugzeugen sind auch bedeutungsvolle größere Diplomatflüge ausgeführt worden, die teils zu wissenschaftlichen, vorwiegend aber zu verkehrstechnischen Zwecken im Hinblick auf die Erforschung kontinentverbindender Luftwege durchgeführt worden sind.

Es sei hieron besonders erwähnt, daß mit zwei dem Streckennetz der Luft-Hansa entnommenen Junkers G 24 erfolgreich Ausflüge über den asiatischen Kontinent von Berlin nach Peking.

Es liegt auf der Hand, daß, abgesehen von den wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Werten, die derartige Auslandsrundflüge und Auslandsflüge ergeben, die Handelsluftfahrt sich auch zu einem völkerverbindenden Medium gestaltet hat. Diefem Gedanken gab

Professor Junkers Ausdruck, indem er ausführt, daß es sein Wunsch sei, die Flugzeuge zu benutzen, um die Menschen und die Nationen einander näherzubringen. Die Luftfahrt sei als

das Mittel zu betrachten, das alle Menschen eine. Wir sollten unsere Waffenlosigkeit, zu der wir derzeit sind, benutzen und zeigen, daß es noch etwas Stärkeres gäbe als die Waffe des Krieges — nämlich die Waffe der Menschlichkeit.



## Wanderungen in Preußen.

Ein Beitrag zur Frage der Landflucht. Von Dr. Arthur Golding, wissenschaftl. Hilfsarbeiter im Preuß. Stat. Landesamt.

3. Teil. 1919—1925.

Ebenso wenig wie die Zählperiode von 1910—1919 kann die Zeit von 1919—1925, die wir unserer heutigen Betrachtung zugrunde legen, in ihrem inneren und äußeren Verlauf als normal angesehen werden. Stand jene unter dem Einfluß des Krieges, so fällt in diese die Liquidation des Krieges mit ihren für den preußischen Staat und für das Reich geradezu katastrophalen Folgen. Ihr Einfluß auf die Wanderbewegung war sowohl hemmender als auch fördernder Natur. Es wäre jedoch verfehlt, allein aus der Wanderungsbilanz ein abschließendes Urteil über die Tendenz und den Umfang der Wanderbewegung zu fällen, ohne wenigstens den Versuch zu machen, die Erscheinungen in der Zwischenzeit, die im Endergebnis nicht zum Ausdruck kommen,

auch für diese Periode nach Möglichkeit zu untersuchen, um gewissermaßen durch Interpolation den Verlauf der Wanderbewegungskurve zwischen den beiden Zähljahren 1919 und 1925 zu konstatieren.

Das Preussische Statistische Landesamt hat für den Zeitraum vom 8. Oktober 1919 bis 31. August 1925 die Wanderbewegung mit Hilfe der bereits im vorhergehenden Abschnitt erwähnten Lebensmittelfeldkarte zu erfassen versucht. Wenn auch das so gewonnene Zahlenmaterial aus mancherlei Gründen keinen Anspruch auf unbegrenzte Zuverlässigkeit machen kann, so gibt es doch ein Bild, das immerhin genügt, um einen Einblick in den Umfang und das Ziel der Wanderbewegung gewinnen zu lassen. Danach sind in den vier Jahren von 1919—1925 nicht weniger als

19,6 Millionen Fälle eines Wohnungswechsels und rund 850 000 Fälle von Einwanderung aus dem Auslande gezählt worden. Da der preussische Staat am 8. Oktober 1919 eine Bevölkerung von rund 37 Millionen hatte, so entfiel auf jeden zweiten Preußen ein Fall des Wohnungswechsels. Selbst wenn man geneigt ist, von dieser Zahl einige Abstriche für unermittelte Doppelzählungen vorzunehmen, so bleibt dennoch die auffallende Tatsache bestehen, daß trotz der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der außerordentlichen Wohnnot die Binnenwanderung sehr bedeutend gewesen ist. Als Ursache kommt wohl in erster Linie die weitere Umstellung der Wirtschaft auf Friedensarbeit, die Fehlleistung der Rüstungsindustrie und das dadurch bedingte Abströmen beschäftigungsloser Arbeiter nach Gegenden mit günstigeren Arbeitsgelegenheiten sowie die Anziehungskraft der landwirtschaftlichen Bezirke wegen der besseren Ernährungsmöglichkeiten in Frage. Auch die Demobilisierung des Feldheeres und die Wiedereingliederung der entlassenen Heeresangehörigen in das Wirtschaftsleben, von denen mancher zunächst seine Heimat und erst später seine Arbeitsstätte aufsuchte, wird die Binnenwanderung gefördert haben. Damit erklärt sich auch die Tatsache, daß im allgemeinen mehr Einzelpersonen als ganze Familien an der Wanderbewegung in diesem Zeitraum beteiligt sind. Soweit Einwanderung in Betracht kommt, haben sich die am Ende der vorigen Periode bemerkbar machenden Momente noch vergrößert; dahin gehören der Zufluss von Auslandsdeutschen und Flüchtlingen aus dem Osten und den abgetretenen Gebieten sowie der Zustrom von Angehörigen des natursprachlichen Auslandes, ferner die Zuwanderung fremdsprachiger Elemente aus Rußland, Galizien, Kongress-Polen und anderen Oststaaten. Von den 850 000 Personen, die nach dem Ergebnisse der fortgeführten zensurenberechtigten Zählbevölkerung in der Zeit vom 8. Oktober 1919 bis 31. August 1923 als Zugang aus dem Auslande gemeldet sind, dürfte zweifellos ein beträchtlicher Teil, jedenfalls weit mehr als die Hälfte, auf die Flüchtlinge entfallen, denn die Ausweisung der Inflation, deren Anwesenheit auf deutschem Boden mehr oder weniger den Charakter des Durchgangs- und Fremdenverkehrs trug, werden im allgemeinen keinen Wert auf die Erlangung der Lebensmittelfkarten gelegt haben. Damit wird die Zahl der aus Anlass des Krieges und der Abtretung deutscher Gebiete seit Kriegsausbruch bis 1923 allein in Preußen aufzunehmenden Vertriebenen von rund 1 Million erreicht, wenn nicht überschritten. An dem Gewinn dieser Zuwanderung haben alle Provinzen Anteil, mit Ausnahme von Hohenzollern. Die städtische Bevölkerung innerhalb der Provinzen hat durchweg Wandererträge zu verzeichnen; die ländliche Bevölkerung hat größtenteils ebenfalls gewonnen, mit Ausnahme der Provinzen Hessen-Nassau, Oberschlesien, Rheinprovinz, Ostpreußen und Hohenzollern.

Nach alledem besteht wohl kein Zweifel, daß die Tendenz der Binnenwanderung, wie sie durch die Kriegszeit gekennzeichnet ist, auch in der Nachkriegszeit bis 1923 angehalten hat. Aber den weiteren Verlauf der Wanderbewegung während der restlichen 1½ bis 2 Jahre dieser Periode gibt nimmer die Wanderungsbilanz von 1919—1923 Aufschluß:

	Männlich	Weiblich	Zusammen
Städtische Bevölkerung	+ 557 799	+ 266 695	+ 624 494
Ländliche „	— 193 343	— 426 116	— 619 459
insgesamt:	+ 164 456	— 159 421	+ 5 035

Während man bis 1923 eine stetig zunehmende und überwiegende Einwanderung zu verzeichnen ist, schließt die ganze Periode zahlenmäßig mit einem kaum nennenswerten Gewinn, wobei auffallenderweise der Gewinn der männlichen Bevölkerung und der Verlust der weiblichen Bevölkerung sich fast vollständig aufheben. Dabei ist jedoch daran zu erinnern, daß am Ende der vorigen Periode ein scheinbarer Wanderverlust von 372 000 Militärpersonen, die sich damals noch in feindlicher Kriegsgefangenschaft befanden, vorhanden war und in dieser Periode ausgeglichen werden mußte. Diese scheinbare Wanderbewegung wird ausgeglichen, wenn man die beiden Zählperioden von 1910—1919 und 1919—1923 als Ganzes betrachtet.

	Männlich	Weiblich	Zusammen
1910—1919	— 13 991	+ 546 958	+ 332 967
1919—1923	+ 164 456	— 159 421	+ 5 035
1910—1923	+ 150 465	+ 187 537	+ 338 002

Das Bemerkenswerteste an der Wanderungsbilanz ist also, daß der Zuwanderungsgewinn zum großen Teil durch Zuwanderungsverluste wieder aufgehoben worden ist. Die sich diese Zuwanderungsverluste im einzelnen zahlenmäßig zusammenfassen, kann nur

schätzungsweise angegeben werden. Neben der überseitschen Zuwanderung, die mit rund 200 000 Personen veranschlagt werden kann, kommt die Abwanderung über die trockenen Landesgrenzen in Betracht, die nach vorläufiger Schätzung 350 000 Personen betragen haben mag, wovon etwa die Hälfte auf Personen mit polnischer Mutterprache entfällt. Schließlich läßt die bei der letzten Volkszählung ermittelte Zahl von fremden Staatsangehörigen im Vergleich zur letzten Vorkriegszählung mit ständiger Sicherheit darauf schließen, daß ungefähr 150 000 Ausländer abgemindert sind. Die gesamte Abwanderung dürfte sich somit auf 700- bis 750 000 Personen belaufen.

Das Bild, das sich in Bezug auf die Bevölkerungsverschiebung zwischen Stadt und Land im großen und ganzen bietet, erinnert wieder stark an die Tendenz der Vorkriegszeit. Innerhalb der Provinzen hat im Endergebnis die städtische Bevölkerung durchweg Wandererträge, die ländliche dagegen ausnahmslos Wandererluste aufzuweisen. Die unmittelbare Folge davon ist, daß der Bevölkerungsstand der Provinzen bis zu einem gewissen Grade ausgeglichen wird.

Die städtische Zuwanderung war am größten in der Reichshauptstadt mit 222 000 Personen und in den Provinzen Rheinland (82 000), Brandenburg (70 000) und Niederschlesien (55 000), am geringsten in Hohenzollern (348), Grenzmark Posen-Westpreußen (6000) und Schleswig-Holstein (8000). In den anderen Provinzen liegt der Gewinn der städtischen Bevölkerung zwischen 15 000 (Ostpreußen) und 36 000 (Hessen-Nassau).

Die ländliche Abwanderung war, wie in der Vorkriegszeit, wieder am stärksten in Ostpreußen, das mit 158 000 Personen Wandererlust von keiner anderen Provinz auch nur annähernd erreicht wird, ein Verlust, der überdies für die abgegrenzte Provinz um so schwerwiegender ist, als der Gewinn der städtischen Bevölkerung (15 000) im Gegensatz zu den anderen Provinzen keinen nennenswerten Ausgleich bietet. Nach Ostpreußen folgen mit ländlichem Wandererlust Niederschlesien (72 000) und Westfalen (63 000), deren Verlust aber wenigstens zum Teil durch städtischen Gewinn wieder ausgeglichen wird. Vollig ausgeglichen und darüber hinaus wird die Abwanderung vom Lande durch den Wanderertrag der Städte in den Provinzen Brandenburg, Rheinland und Hessen-Nassau.

Um zur Frage der landschaftl. Stellung zu nehmen und einen Vergleich mit den beiden vorhergehenden Perioden zu ermöglichen, ist in nachfolgender Tabelle wiederum die Zahl der Kreise zusammengefaßt, deren städtische bzw. ländliche Bevölkerung 500 und mehr Personen durch Wanderung gewonnen (+) oder verloren (—) hat. Die Zahl der Kreise beträgt:

in den Provinzen	a) städtische Bevölkerung		b) ländliche Bevölkerung	
	+	—	+	—
Ostpreußen . .	10	4	—	56
Brandenburg . .	30	—	4	20
Pommern . . .	16	1	1	25
Grenzmark . .	4	1	—	8
Niederschlesien .	28	1	2	36
Oberschlesien . .	10	1	3	14
Sachsen . . .	17	8	3	29
Schleswig-Holstein	4	1	2	15
Hannover . . .	12	7	5	39
Westfalen . . .	24	8	4	29
Hessen-Nassau . .	12	2	4	28
Rheinprovinz . .	31	6	13	30
Hohenzollern . .	—	—	—	5
<b>Staat</b>				
1919—1923	198	40	41	310
<b>Staat</b>				
1910—1919	165	106	111	164
1900—1910	168	116	32	371

Wie aus Tabelle ersichtlich, hat das Endergebnis der Zählperiode 1919—1923 zahlenmäßig eine unerkennbare Ähnlichkeit mit den Ergebnissen der Vorkriegsperiode 1900—1910. Die Zahl der Kreise mit Wandererlust an ländlicher Bevölkerung nähert sich wieder fast derjenigen der Vorkriegszeit, während auf der anderen Seite die Zahl der Kreise mit städtischem Wanderertrag sogar die Zahl der Vorkriegszeit übertrifft. Berücksichtigt man hierbei, daß dieser Wandel sich in verhältnismäßig kurzer Zeit, etwa seit der zweiten Hälfte 1923 vollzogen hat, die Bewegung also noch als im Fluss zu betrachten ist, so ist die Behauptung nicht von der Hand zu weisen, daß die vor dem Kriege zu beobachtende landschaftl. wieder in vollem Ausmaße im Gange ist. Die entgegengesetzte Tendenz der Kriegs- und Inflationszeit war eben nur eine vorübergehende Erscheinung.



# Wanderbewegung in Preußen 1919–1925.





# Die slowenische Kulturautonomie in Kärnten.

Eine beispielgebende Lösung des Minderheitenproblems.



Stagenfurt vom Kreuzberg

„Autonomie ist“,  
um die Definition  
des Marburger Do-  
zenten Dr. Gerber  
zu gebrauchen,  
„Eigenart einer  
Teilverwaltung  
innerhalb des Ver-  
fassungsausbaues  
einer staatlichen  
Gemeinschaft“, sie  
ist im weiteren  
der Versuch, das

Problem einer in einem Staate lebenden Minderheit Rechte der Selbstverwaltung zubilligen, um ein möglichst reibungsloses und freies Leben dieser Minderheit in der staatlichen und anders-  
völkischen Gemeinschaft zu gewährleisten. Diese Art der Lösungs-  
versuche des nationalen Minderheitenproblems befinden nicht  
erst, seit die Pariser Diktatfrieden das national und wirt-  
schaftlich zerklüftete Mitteleuropa geschaffen haben. Bereits der  
deutsch-schlesische Ausgleich in Mähren im Jahre 1907, die Schul-  
autonomie der Dänen in Schleswig-Holstein trugen als Versuche zur  
Lösung dieses Problems mancher Folge, die heute in die Vöer am  
die Kulturautonomie einer Minderheit übernommen worden sind.  
Naturgemäß hat vor dem Weltkrieg dieses Problem theoretisch und  
praktisch in Österreich die größte Rolle gespielt. Der Wiener  
Rechtsgelehrte Bernakik und vor allem der spätere Staats-  
kanzler Dr. Renner haben in zahlreichen Publikationen den Vor-  
schlag gemacht, die Nationen nicht als Gebiets Herrschaften, sondern  
als vom Gebiet unabhängige Personenverbände zu behandeln.  
Damit wurde der allgemeineren Rechtsgrundsatz, nach dem jeder  
sein Recht mit sich trägt, auf  
das nationale Leben übertragen.  
Danach stellt die Nation einen  
„Verband gleichender und  
gleichberechtigter Personen“ ohne  
Bindung an die Scholle dar.  
Dieses Persönlichkeitsprinzip er-  
möglicht nun die rechtliche  
Erkennung der nationalen Minder-  
heiten im fremden Staat. Den  
zwischen der am Gebiet gehö-  
renden Staatsverwaltung und  
der nationalen Verwaltung der  
fremden Minderheit sich er-  
gebenden Widerstreit sucht die  
Kulturautonomie zu beseitigen.

Als erste sind die beiden balti-  
schen Staaten, Estland und Lett-  
land, daran gegangen, die volle Kulturautonomie praktisch zu ver-  
wirklichen. In Estland bedeutet weitgehendes als in Lettland,  
denn es ist auch im südlichen Bundesland Deutschösterreich, in Kärn-  
ten, der dort lebenden slowenischen Minderheit das Recht der kul-  
turellen Selbstverwaltung zugebilligt worden. Am 14. Juli d. J.  
wurde dem Kärntner Landtag ein von allen Parteien unterzeichneter  
Gesegntwurf vorgelegt, der — obwohl es sich vorläufig nur um  
einen Entwurf eines Autonomiegesetzes handelt und im Herbst noch  
eingehende Behandlung und Verhandlungen erfordern wird — doch  
für das gesamte Grenz- und Auslandsdeutschtum, insbesondere für  
das Deutschtum im südslawischen Staate, von ausschlaggebender Be-  
deutung ist.

Bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 352.000 Einwohnern zählt  
Kärnten 37.224 Bewohner mit  
slowenischer Sprachzugehörigkeit, die  
vor allem südlich der Draa in  
der sogenannten ersten Abstim-  
mungszone wohnen. Von diesen Slo-  
wenen haben bei der auf Grund des  
Staatsvertrages von Saint-Germain  
am 10. Oktober 1920 stattgefundenen  
Volksabstimmung etwa 45 v. H. für  
Deutschösterreich gestimmt, wodurch  
mit der in diesem Gebiet wohnenden  
deutschen Bevölkerung eine Mehrheit  
von 66,6 v. H. für Deutschösterreich  
herbeigeführt. Bei den am 24. April  
d. J. erfolgten Nationalrats- und  
Landtagswahlen haben in Kärnten

9578 Personen die slowe-  
nisch-nationale Kiste ge-  
wählt. (1921: 9662;  
1925: 9740), während der  
Rest der slowenischen Min-  
derheit für eine deutsche  
Kiste gestimmt haben muß.  
Daraus ergibt sich die Tat-  
sache, daß es sich hier um  
eine nationale Minderheit  
handelt, die national und  
politisch durchaus nicht  
einheitslich gegliedert ist.  
Denn, wie die hier ange-  
führten Zahlen beweisen, bekennt sich nur eine Minderheit der  
Slowenen zum bewußten Slowentum, während der andere Teil  
deutsch, „kärntnerisch“ stimmt.

Dieser Tatsache Rechnung tragend, hat die deutschösterreichische  
Regierung auch deranacht, neben rein slowenischen Schulen auch  
sogenannte utraquitische zu schaffen, die aber von der Minderheit  
der bewußten Slowenen heftig bekämpft werden.

Der Großteil der Kärntner Slowenen ist aber mit den heute  
in Kärnten bestehenden Verhältnissen durchaus zufrieden, ja,  
was an besondern Einrichtungen für die Slowenen geschaffen  
worden ist, wie z. B. die gemischtsprachigen Schulen, entspricht ihren  
ausdrücklichen Wünschen. Sie haben auch nach der Volksabstim-  
mung immer wieder betont — wenn man von der schon erwähnten  
nationalen Gruppe absteht —, daß sie an dem, was sie an nationalen  
Rechten besitzen, im Wesen nichts ändern lassen wollen. Welchen  
Motiven entspringt nun der von allen Parteien des Kärntner Land-  
tages eingebrachte Gesegntwurf einer Kulturautonomie für die  
Slowenen des Landes? Wenn  
die überwiegende Mehrheit der  
Kärntner Slowenen, so wird  
mancher fragen, mit den be-  
stehenden Zuständen zufrieden  
ist, was hat dann noch den  
Landtag deranacht, ein derartiges  
weitgehendes Gesetz zu schaffen?

Nun ist Kärnten in einen  
ganz eigenartigen Streit hin-  
eingezogen worden. Der schon  
erwähnte Bruchteil der un-  
zufriedenen Kärntner Slo-  
wenen, oder wenigstens ihrer Führer, be-  
haupten, daß die Slowenen  
unterdrückt würden, daß sie voll-  
kommen rechtlos seien und so  
gut wie keine einzige slowenische  
Schule besitzen. Jenen Teil ihrer  
Volksgruppen aber, der mit den

Deutschens des Landes in Frieden und Eintracht leben, erkennen  
die nicht als vollwertige Slowenen an. Damit ist auch gesagt,  
daß sich nur jener Teil der Slowenen Kärntens als die Minder-  
heit betrachtet und nur seine Forderungen gelten lassen will,  
während der andere Teil als „Deutschstimm“ verurteilt wird. Vom  
deutschösterreichischen und Kärntner Gesichtspunkt könnte man sich  
mit diesen Verhältnissen leicht abfinden. Die Mehrheit der slowe-  
nischen Minderheit ist mit dem gegebenen Zustand zufrieden, und  
darauf kommt es schließlich in einem Staatsleben ja an.

Stellt man sich aber nun auf den Standpunkt des gesamten  
Deutschtums, so ergibt sich ein wesentlich anderes Bild. Die mit  
den Verhältnissen in Kärnten unzufriedenen Slowenen haben in Süb-  
slawien eine lebhafte Agitation entfacht, die die Lage der Slowenen  
Kärntens als möglichst schlecht hinstellen bemüht ist. Dies hat  
zur Folge, daß ein nicht unerheblicher Teil, vor allem wieder der  
slowenischen Of-  
fentlichkeit, fest da-  
von überzeugt ist,  
daß in Kärnten  
ihre Stammesge-  
noszen unterdrückt  
seien. Abgesehen  
daran, daß sich  
darans da und dort  
auch Auswirkungen  
auf das Ver-  
hältnis zwischen

\*) „Die Heimadienst“, 2. Heft 1927.



Stagenfurt



Stagenfurt



Ruine Rünburg mit Dobratsch



Kaiserpalast Oberstein

slowenien die ihnen durch Vertrag gewährleisteten Rechte vorzuenthalten. Erst im vorigen Jahre ist es aus dem Grunde zu einer klaren öffentlichen Auseinandersetzung zwischen dem damaligen österreichischen Bundeskanzler Dr. Kamel und dem slowenischen Minister Preibisic gekommen.

## II.

Da greift nun der Kärntner Autonomiegesetzentwurf großartig und entschlossen ein. Er will nicht nur die besonderen Wünsche der unzufriedenen Gruppe



Bleiburg mit Pöhen

der Kärntner Slowenen erfüllen, sondern in dem Verhältnis zwischen Österreich und Südlawien für die Deutschen des letzteren Staates ein Forum ermöglichen, das seine Zweifelsfragen nicht mehr zuläßt. Hatte doch der Minister Preibisic am 14. März dieses Jahres dem deutschen Abgeordneten Südlawiens, Dr. Kraft, erklärt: „Alles das, was wir für unsere Leute in anderen Staaten fordern, sind wir stets bereit, auch den nationalen Minderheiten bei uns zu geben. Die Konvention über die Minderheitenschutz wird bei uns bis zum äußersten durchgeführt werden, aber auf der Grundlage der Reziprozität.“

Nach dem Gesetzentwurf sollen nun die Kärntner Landesbürger slowenischer Nationalität, die am 1. Januar 1927 das 20. Lebensjahr erreicht haben, wahlberechtigt sind und sich in das slowenische Volksbuch (nationaler Kataster) eintragen lassen, eine Gemeinschaft öffentlich-rechtlicher Art bilden, die ihre nationalen und kulturellen Angelegenheiten selbst verwaltet. Die Verwaltungskörper sind der Volksrat und die slowenischen Schulgemeinden. Der Volksrat wird von den zur Kandidaturwahl berechtigten Mitgliedern der slowenischen Volksgemeinschaft nach den Grundregeln der Landtagswahlordnung auf vier Jahre gewählt. Er besteht aus 12 Mitgliedern, die sich als Vollzugsorgan einen Vorstand und vier Mitglieder auf ein Jahr wählen. Der Volksrat hat Rechtsprechungsbefugnis. Er ist berechtigt, die kulturellen Gesamtinteressen der Volksgemeinschaft innerhalb der durch das Gesetz gezogenen Grenzen wahrzunehmen und zu vertreten; in die Schulbehörden Vertreter zu entsenden; den Haushalt der Volksgemeinschaft einschließlich der Erstellung des Gemeinschafts-voranschlages und der Verfügung über die der Volksgemeinschaft in ihrer Gesamtheit stützenden Einnahmen zu führen; unter Beobachtung der gesetzlichen Bestimmungen die Einhebung von Gemeinschaftsbeiträgen für kulturelle Zwecke zu beschließen; Sammlungen für die kulturellen Zwecke der Volksgemeinschaft zu veranstalten usw. Seine Angehörten müssen deutschösterreichische Bundesbürger sein.

Die slowenische Volksgemeinschaft ist berechtigt, Anstalten zur Förderung des kulturellen Lebens und der sozialen Fürsorge der Volksgemeinschaft, soweit sie über die öffentliche Fürsorge hinausgeht, zu errichten und zu verwalten; jede Art von Erlebens- und Unterrichtsanstalten mit slowenischer Unterrichtssprache zu errichten und zu verwalten; Sammlungen von freiwilligen Spenden zur Förderung ihrer Aufgaben zu veranstalten und im Bedarfsfalle Gemeinschaftsbeiträge einzubehalten. Von den Mitteln, die vom Lande im Haushaltsplan privaten Bildungszwecken und Wohlfahrtsvereinigungen bewilligt werden, fließt der slowenischen Volksgemeinschaft der entsprechende Teil zu. Die oberste Grenze aller Leistungen des Landes ist das Verhältnis der direkten Leistungen ihrer Mitglieder zu dem der übrigen Steuerträger des Landes.

Der slowenische Volksrat kann in Kärnten Schulen errichten, wenn er die Eröffnung drei Monate vorher anzeigt, den Standort der Schule, Zweck, Gattung und Einrichtung derselben bekanntgibt und den Nachweis liefert, daß die Lehrkräfte österreichische Bundes-

bürger, in sittlicher und staatsbürgerlicher Hinsicht unbedenklich sind und in wissenschaftlicher Beziehung die gleiche Befähigung aufweisen, die von einem Lehrer an einer gleichartigen deutschen Schule gefordert werden. Von der Bedingung der österreichischen Bundesbürgerschaft kann der Landeshauptmann in besonderen Fällen absehen. Die vom slowenischen Volksrat errichteten Schulen sind öffentliche Anstalten, ihr Besuch gilt als Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht. Die Gesamtheit der im Sprengel einer slowenischen Volksschule wohnhaften Gemeindeglieder bildet eine Schulgemeinde und wählt einen Ortschulrat, der die gleichen Rechte und Pflichten hat, wie die anderen Ortschulräte. Den Aufwand für das Dienst-einkommen der Lehrkräfte trägt das Land Kärnten.

Als notwendig gelten Schulen, die von mehr als 40 schulpflichtigen Kindern der Volksgemeinschaft besucht werden, wobei die im Reichsvolksschulgesetz vorgesehene Vier-Kilometer-Entfernung zwischen den Schulen zu entfallen hat. Die Ortsgemeinden, aus deren Gebiet Kinder eine solche Schule besuchen, leisten zu den Kosten des sachlichen Schulerfordernisses für jedes Kind den gleichen Beitrag, der für Schüler der allgemeinen Volksschule desselben Gebietes zu zahlen ist. Die Lehrer werden vom Volksrat vorgeschlagen. Ihre Ernennung erfolgt durch die Landesregierung. In der Disziplinarcommission für Lehrer haben Vertreter des Volksrats Sitz und Stimme. Dem Volksrat bleibt die Verwaltung, Leitung und unmittelbare Beaufsichtigung seiner Schulen vorbehalten. Er kann hierzu einen Fachmann anstellen, zu dessen Befolgung der Staat einen Beitrag leistet. Die Oberaufsicht über das gesamte slowenische Schulwesen liegt dem Staat zu, der für die durch seine gesetzlich bestimmten Organe ausübt. Der Bestand der öffentlichen Volksschulen in Kärnten, auch der utraquistischen mit deutschem und slowenischem Unterricht wird durch die Einführung der Selbstverwaltung nicht berührt.

Der Volksrat ist zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet. Er hat seine Beschlüsse binnen einer Woche der Landesregierung zur Kenntnis zu bringen. Alle auf Grund dieses Gesetzes errichteten slowenischen Selbstverwaltungskörper und Anstalten gebrauchen in ihrer inneren Tätigkeit ihre eigene Sprache nach Belieben. Urfakten sind auch in deutscher Sprache aufzufassen.

## III.

Mit diesem Gesetz gibt Kärnten mit einem nicht unbedeutlichen und bei seiner Armut schwer ins Gewicht fallenden Aufwand an Mitteln einer an Zahl und wirtschaftlichen Werten geringen Minderheit Freiheit, wie sie kaum eine zweite in Europa noch besitzt. Sie sind weitgehend, als die der Deutschen in Elsaß — ein eingehender Vergleich mit dem elsässischen Autonomiegesez sei hier vorzuziehen —, was schon aus den Tatsachen herorgeht, daß das Land Kärnten mit dem Selbstverwaltungsgesetz auch materielle Verpflichtungen auf sich nimmt, die die wirtschaftlich schwache Minderheit zu leisten kaum in der Lage ist, daß die Anstellung von Lehrern, die nicht deutschösterreichische Bundesbürger sind, unter Umständen ermöglicht wird, usw.

Deutschösterreich hat mit diesem Schritt aller Welt offensichtlich gemacht, daß es willens ist, das Problem seiner an Zahl doch nur unbedeutenden Minderheiten in loyaler Weise zu lösen. Es schafft damit ein für allemal einen Gegensatz zwischen ihm und dem südlawischen Staat



Seeboden am Neißebäcker See

aus der Welt, an dem es nun liegt, die Frage seiner deutschen Minderheit, die hier an Zahl das etwa Zwanzigfache gegenüber der Zahl der Slowenen in Kärnten ausmacht, in gleichem Sinne einer befriedigenden Lösung zuzuführen.

p.

# Hindenburg-Spende!

Annahmestellen bei sämtlichen Postämtern, Eisenbahnschaltern, Banken, Sparkassen usw.

# Die Deutschen in der Slowakei und in Karpatho-Rußland.

Von Eugen Levin-Dorisch.

Gewöhnlich denkt man, wenn man von den Deutschen in der Tschechoslowakei spricht, nur an diejenigen, welche die Sudetenländer, d. h. den einkmals zu Österreich gehörigen Westen der



Glockenturm und kath. Kirche in Reemart

Republik-Böhmen, Mähren und Tschechien-Schlesien-bewohnen. Man versteht oder weiß nicht, daß es auch in der östlichen Hälfte — in der Slowakei und in Karpatho-Rußland, dem ehem. Oberungarn — deutsche Siedlungen gibt. Dieses Gebiet, von dem nordwestlichen Teil des Karpathenbogens umschlossen und von den Südostländern durch die Westflüsse, die Kleinen und Weichen Karpaten, geschützt, ist bis auf einen schmalen Grenzstreifen im Süden angeschlossen Bergland. Hochauf ragt der gewaltige Gebirgskopf der Fatra, an die sich südlich die Fatra und das Slowakische Erzgebirge, östwärts die Waldkarpaten anschließen. Ein buntes Völkergemisch lebt hier: außer den kleinen Gruppen von Deutschen vor allem die weißslowakischen Slowaken; dann oslawische Kleinrussen (Ruthenen oder Hugen), die dem östlichen Zipfel des Territoriums den Namen Karpatho-Rußland gegeben haben; Magyaren am Südrand; Juden besonders zahlreich im Osten der Slowakei und in Karpatho-Rußland; und, nicht zu vergessen, Zigeuner. In dieses Völkergemisch sind die deutschen Siedlungen als große und kleine Inseln hineingeprengt.

Zunächst ein paar Zahlen. Nach der amtlichen Zählung von 1910 hatte die Slowakei insgesamt rund drei Millionen Einwohner. Davon waren etwa 140 000, d. h. etwas mehr als 4 v. H., Deutsche, Karpatho-Rußland mit 600 000 Einwohnern zählte rund 10 000, d. h. 1,5 v. H., Deutsche.

Diese 150 000 Karpathen-Deutsche leben bis auf eine einzige Gruppe seit langer Zeit fast ohne jede Verbindung mit dem westlichen Deutschland. Erst in allerletzter Zeit, nach dem Ende des Weltkrieges und der Entfesselung des tschechoslowakischen Staates, haben sich die Deutschen in Böhmen für die verstreuten Brüder im Osten zu interessieren begonnen. Als ein Zeichen dieser erwachenden Teilnahme erschien im Jahre 1926 auf Grund einer Studienreise sudetendeutscher Akademiker eine Sammelchrift: „Die Deutschen in der Slowakei und in Karpatho-Rußland“, herausgegeben von dem Prager Privatdozenten Eduard Winter (Münster i. W.), der damit eine inhaltvolle Publikation veröffentlicht hat.

Es handelt sich um vier deutsche Siedlungsbezirke. Der erste umfaßt Preßburg und seine Umgebung, Preßburg, eine ungarische Kronungsstadt, ist jetzt Hauptstadt der Slowakei und Sitz des slowakischen Ministeriums. Die Deutschen, die als

Fischer, Häusler, Arbeiter und vor allem als leidlich begüterte Weinbauern die Stadt und die benachbarte Landschaft bewohnen — es werden ihrer 60 000 gezählt — leben seit alters mit dem benachbarten und hammerwandigen, österreichischen und burenländischen Deutschum in Fühlung. Dieses Gebiet ist also im Unterschied zu den übrigen drei fast isolierter Bezirk.

Der zweite ist im slowakischen Erzgebirge gelegen, am Oberlauf der Neutara, mit rund 48 000 Deutschen katholischer Konfession. Kremnitz, im Mittelalter durch seinen Goldbergbau und durch eine Niederlassung der Fugger berühmt und noch heute Münzprägungshütte der Republik, ist der Hauptort dieses Gebietes. Seitdem jedoch der einmals so bedeutende Bergbau, ausschließlich von deutschen Bergleuten betrieben, so gut wie ganz erloschen ist, lebt die Bevölkerung in schwieriger Lage. Der feuchte Boden des Landes, besonders in der Gegend von Hochwies und Kriehäuser, ermöglicht eine nur kärgliche Landwirtschaft. In der Umgebung von Deutsch-Proben wird jetzt erfolgreich etwas Obstkultur betrieben. Infolge des Mangels an Arbeitsmöglichkeiten findet hier ebenso wie im dritten Siedlungsbezirk eine beträchtliche Auswanderung nach Amerika statt.

Der dritte, bekannteste deutsche Bezirk der Slowakei ist die Zips, die Landschaft am Obhang der Hohen Fatra. Er zerfällt in zwei Teile: die Oberszips mit dem Poprad- und Herznad- und, weiter östlich, der Gründner Boden. Insgesamt 40 000 Deutsche, etwas mehr als die Hälfte protestantischen Glaubens, leben in den Zipser Städten und Dörfern, die in ihren Namen und in ihrer reichhaltigen Architektur die Erinnerung an ihren deutschen Ursprung wie an ihre alte und hohe Kultur festhalten: Deutschau, Kirchbraut, Reemart, Deutschendorf in der Oberszips, Göllnitz, Schmöllnitz, Stolz und Meßgenstein im Gründner Boden sind die bekanntesten Ortschaften. In der Oberszips sind die Deutschen zumeist Bauern; in der Fatra findet man sogar noch die uralten Institutionen des Gemeindevorstandes und der Almende. Im Tale des Herznades, eines Nebenflusses des Theiß, werden Eisen- und Kupfererze gewonnen. Der Gründner Boden war ehemals eine Stätte blühenden Bergbaus aus Edelmetallen. Göllnitz und Schmöllnitz genossen im Mittelalter gleich Kremnitz als fgl. ungarische Bergstädte viele Privilegien und Freiheiten.

Zuletzt die deutschen Inseln in Karpatho-Rußland, mitten im kleinrussischen Siedlungsgebiet. Acht schwäbische Dörfer liegen in der Nähe der alten Stadt Munkacs, berühmt durch ihre Kampfschutzhütte Burg, in der der griechisch-freiweltstämpfer Alexander Hellenist als Heldenstarb starb; bekannt auch als Geburtsstätte des ungarischen Historienmalers Munkacsy. Die Kolonisten sind Nachkommen katholischer Schwarzwaldbauern. Dann zwei deutsche Dörfer: Königsfeld und Deutsch-Motza, hoch oben im Tale der Terebowa, im Quellgebiete der Theiß, mitten in der wilden, fast unzugänglichen Landschaft der Waldkarpaten ganz vereinsamt ge-



Kirche in Reemart



Reemart, Inneres der Holzkirche





Bauweise in Deutsch-Proben

Gerade jene zuletzt erwähnten Ortschaften in Karpaten-Rußland sind spät entstanden: im 17. Jahrhundert ließ die Beherrscherin des Landes, Helene Prinz, deutsche Mauerer und Söldner kommen, um ihre Burg Palanot bei Mukacz auszubauen und zu schützen. Ein Teil von ihnen ließ sich dauernd dort nieder. Größeren Umfang nahmen die deutschen Siedlungen in Karpaten-Rußland erst an, nachdem der große und gefährliche Gegner der Habsburger, Franz Rakoczy, fürst von Siebenbürgen, bei Trentschin besiegt worden und sein gewaltiger oberungarischer Besitz durch den Frieden von Satmar (1716) in die Hände des österreichischen Staates gelangt war. Die Grafen Schönböden, denen Teile dieses Gebietes übertragen wurden und noch heute gehören, ließen Schwarzwaldbauern an dem fruchtbareren, getreide- und weinreichen Abhang der Karpaten an. Später holte Maria Theresia Salzburger nach, die Hof- und Königsfeld zur Ausdehnung der dort gelegenen Wälder.

Nach Stilllegung dieser Betriebe wurden die deutschen Kolonisten, Hölzer und Bergbauern; sie haben ihre heimische Weide- und Almwirtschaft in jene ferne Gegend verpflanzt. Josef II., der Monarch der österreichischen Aufklärung, gründete die Arbeiterkolonie in Hufste; und noch im 19. Jahrhundert, zuletzt im Beginn der hiesigen Jahre, rief ein Graf Schönböden deutsche Umfleser in die Gegend von Muracz.

Ungleich älter sind die deutschen Niederlassungen in der Slowakei. Einige Geschichtsforscher halten sogar die Deutschen im Bezirke von Kremnitz für autochthon; sie sollen sich auf versprengte Reste der germanischen Quaden zurückführen lassen, die in den Stürmen der Völkerwanderung hierhin kamen. Sicher ist, daß deutsche und slawische Kaufleute schon im 9. u. 10. Jahrhundert die Slowakei durchzogen. Aber die eigentliche deutsche Kolonisation in großem Maßstab wird erst im 12. und 13. Jahrhundert in Angriff genommen, und zwar von Königen aus dem Hause der Arpaden, der ältesten ungarischen Dynastie. Unter Geza II. (1141–1161), einem Sohne des geliebten Bela, wandern Scharen von Rheinfranken vom Mittel- und Niederrhein als Bauern und Bergleute in die Oberzips. Auch sein Enkel Andreas der Kreuzfahrer (1205–1235) begünstigt auf Veranlassung seiner Gemahlin Gertrud von Mercant gegen den Willen des einheimischen Adels die deutsche Kolonisation. Vor allem aber förderte dessen Nachfolger Bela IV. (1235–1270) die deutsche Siedlungsarbeit in der Zips, die während seiner Regierung durch den großen Mongoleninvasen (1242) fast zerstört und später wieder aufgebaut wurde. Es wurden damals auf Grund eines königlichen Patentes (1245) die 24, später zu einem Bunde vereinigten Zipser Städte gegründet, in denen sich



Bauernhaus in Srederbhu

Kudwig I. der Große (1342 bis 1382) förderte die deutschen Niederlassungen wirksam. Unter ihm stellte im Jahre 1370 der Zipser Städtebund seine innere Organisation fest. „Hab wir die gnade“, so beginnt die Zipser Satzung, „und das Recht denn allen Königen von Hungern von anbegin, das uns Czipser kein mana oder nimanth umt keinerlet sach tuu hoffe hat zu lazen, sonder er soll ein recht suchen vor des Königs graffe, der burgraff ist in dem Czipse.“ Damals wurde Kremnitz das bedeutendste Goldbergwerk in Europa, in der Zips blühte deutsche Goldschmiedekunst, Feinschmied war sich der selbstgewählten Richter und Grafen. Schon der erste Angehörige, Karl I. (1399–1342) trat in seinen Kämpfen mit dem Feudaladel der Slowakei die deutschen Städte begünstigt und ihre alten Privilegien erneuert. Schmölnitz und Göllnitz wurden durch ihn in den Rang föhnliger Bergstädte erhoben.

Jedoch in der nachfolgenden Zeit, nach dem Aussterben des angloinischen Hauses, wurden die deutschen Ortschaften in langwierigen Kämpfen mit dem Adel allmählich um ihre Selbständigkeit und ihren Wohlstand gebracht. Die Fürsten verloren die Macht, die Städte zu schützen. Der Schwiegerkönig Ludwig des Großen, Siegmund von Brandenburg und Ungarn (1387–1435), derbte, unter dessen Regierung die Mark an das Haus Hohenpollern kam, mußte im Jahre 1433 im Frieden von Kulmbach 13 deutsche Städte der Zips an Polen verpfänden. Unter seinen Nachfolgern: Matthias Corvinus, den Jagiellonen Ungarns und zuletzt den Habsburgern wurde die Slowakei zum Schauplatz verheerender und unaufhörlicher Kriege: besonders Kriege um die dynastische Nachfolge in Ungarn; die Hussitenkriege spielten bis dleher hinüber; nach der Reformation kamen die Religionskriege, in denen sich der kalvinistische Adel mit den katholischen Habsburgern raufte, während die lutherischen deutschen Städte der Zips die Rechnung dafür bezahlten. Die Namen Johann Zapolya, später Gabriel Bethlen, Csaky und Rakoczy bezeichnen das leidvolle Schicksal der Slowakei im Beginn der neuen Zeit. Und dann verheerten vor allem die Türkenkriege das Land. Immer stärker wurden das Deutschtum und die deutsche Kultur in der Slowakei gefördert und erniedrigt. Gleichwohl heißt es noch in dem Artikel eines ungarischen Kontagsabschlusses aus dem Jahre 1608: „Civiltatum incolae pro maiore parte ex germanica constant natione.“

Erst nach Ablauf dieser äußerst unruhigen und wilden Epoche beginnt eine neue deutsche Kolonisation, durch die Wiener Regierung in die Wege geleitet; es entstehen jene oben erwähnten Dörfer in Karpaten-Rußland.

Die antiken Zählungen seit dem Jahre 1880 lassen deutlich einen absoluten Rückgang des Deutschtums in Oberungarn erkennen. Es gab:

1880:	225.504	= 11%
1910:	199.876	= 6,2%
1913:	143.589	= 5,8%

Deutsche in der Slowakei.

Als Ursachen dieses Rückganges geben gutunterrichtete Kenner des Landes unter anderem an: ein mitunter spärlich entwickeltes Volksbewußtsein der deutschen Bewohner, ferner ihre Neigung, sich sprachlich der magyarischen oder slowakischen Umgebung anzupassen, wodurch früher ihre Magyarisierung und jetzt ihre Slowakisierung gefördert wird; sodann die schwachen Verkehrsverbindungen des oberungarischen Deutschtums mit den Subetenländern, und nicht zuletzt die Beschränkung der Kinderzahl besonders bei der delfer situierten protestantischen Bevölkerung der Zips.

Immerhin muß gesagt werden, daß das deutsche Schulwesen in der Slowakei, das durch die Magyarisierungspolitik der ungarischen Regierung bereits fast ganz an die Wand gedrückt war, sich in dem neuen tschechoslowakischen Staate erheblich entwickelt hat. Zählte man im Jahre 1920 109 deutsche Volksschulen, so drei Jahre später bereits 116. 86 Dörfer der Slowakei haben deutsche Schulen; sie wurden in dem Schuljahre 1923/24 von insgesamt 17 700 deutschen Schülern besucht. Deutsche staatliche



Tracht aus Deutsch-Litza



Gerlachov, St. Michael's Kirche



Unternehmehaus in Eisen





Zips, Schlagenberg

verschiedenen Einwanderungsströmen, und schließlich auch die Zips, ein deutsches evangelisches Gymnasium in Keszmet. Bedauerlich ist, daß es in der Slowakei keine deutschen Fachschulen für Handel, Industrie und Landwirtschaft gibt; und daß von 111 Bürger-schulen nur 3 deutschsprachlich sind. — In Karpatho-Rußland liegt vorläufig noch das gesamte Schulwesen, sowohl das deutsche als das slowakische, völlig darnieder. Hier fehlt es nicht nur an geeigneten Lehrkräften, sondern auch an Schulgebäuden und den nötigen Unterrichtseinrichtungen.

\* \* \*

Die Karpathen-Deutschen entkommen, wie oben nur andeutend gezeigt werden konnte, der Gefahr der Assimilation. Sie läßt sich daher kein einheitliches Bild ihrer Gebäude und Sitten, Trachten, Bauweise und Lebensführung entwerfen. Die Mundarten in der Zips, im slowakischen Erzgebirge stellen ein ober- und mittelböhmisches Gemisch dar. Auch religiös sind die Deutschen gespalten. Rund hunderttausend gehören dem katholischen, fünfzigtausend dem protestantischen Bekenntnis an. Die protestantischen Deutschen erfreuen sich jumeist eines größeren Wohlstandes als ihre katholischen Brüder. Aber es muß festgestellt werden, daß der katholische Teil fortzittert und steigend im Wachsen begriffen ist.

Fragelos hat die protestantische und die katholische Kirche durch die Pflege des deutschen Kirchenliedes, der deutschen Predigt und des deutschen Gebetes zur Erhaltung des deutschen Volkstums und der deutschen Sprache einen erheblichen Beitrag geleistet. Auch liegt die Schulbildung in ihren Händen; noch heute find die deutschen Volksschulen in der Slowakei konfessionell.

Als ich vor ein paar Jahren als Erzherzog und Lehrer in ein winziges slowakisches Dorf in unmittelbarer Nachbarschaft von

Realgymnasien finden sich in Preßburg und Keuttau, ein deutsches evangelisches Gymnasium in Keszmet. Bedauerlich ist, daß es in der Slowakei keine deutschen Fachschulen für Handel, Industrie und Landwirtschaft gibt; und daß von 111 Bürger-schulen nur 3 deutschsprachlich sind. — In Karpatho-Rußland liegt vorläufig noch das gesamte Schulwesen, sowohl das deutsche als das slowakische, völlig darnieder. Hier fehlt es nicht nur an geeigneten Lehrkräften, sondern auch an Schulgebäuden und den nötigen Unterrichtseinrichtungen.

\* \* \*

Karpatho-Rußland und dicht an der neuen ungarischen Grenze verschlagen wurde, fand ich gütliche Aufnahme bei einer Frau aus Wagendrüffel in der Gründener Gegend. Sie war an den magy-arischen Schloßler des Ortes verheiratet und lebte mit ihrer Mutter zusammen. Beide Frauen sprachen untereinander nur deutsch, eine nicht leicht verständliche Mundart. Die Alte konnte nicht einmal ungarisch radbrechen und sie waren froh darüber, daß endlich einmal in ihr abgelegenes Dorf jemand kam, mit dem sie wieder, wie in vergangenen Jahren, richtig deutsch sprechen konnten. Sie besaßen auch einige deutsche Bücher, meist religiösen Inhalts.

In den letzten Jahren wurden, wie bereits gesagt, von indischen-Deutschen der Slowakei und Karpatho-Rußland in wachsender Zahl zu treten. Im Juni 1926 fand in Keszmet eine deutsche Land- und forstwirtschaftliche Wanderversammlung statt; und die deutschen Studenten aus der Slowakei und Karpatho-Rußland, die jetzt nicht mehr wie einstmals in Budapest studierten und sich dort magyarisieren lassen, haben sich an der deutschen Universität in Prag und an den deutschen technischen Hochschulen in Prag und Belm zu einer Landgemeinschäft Zips zusammengefunden; sie suchen durch Vorträge und Bibliotheken die Karpathen-Deutschen der Slowakei und Karpatho-Rußland in wachsender Zahl zu treten. Im Juni 1926 fand in Keszmet eine deutsche Land- und forstwirtschaftliche Wanderversammlung statt; und die deutschen Studenten aus der Slowakei und Karpatho-Rußland, die jetzt nicht mehr wie einstmals in Budapest studierten und sich dort magyarisieren lassen, haben sich an der deutschen Universität in Prag und an den deutschen technischen Hochschulen in Prag und Belm zu einer Landgemeinschäft Zips zusammengefunden; sie suchen durch Vorträge und Bibliotheken die Karpathen-Deutschen der Slowakei und Karpatho-Rußland in wachsender Zahl zu treten.



Bäben in den Karpathen

Die Karpathen-Deutschen entkommen, wie oben nur andeutend gezeigt werden konnte, der Gefahr der Assimilation. Sie läßt sich daher kein einheitliches Bild ihrer Gebäude und Sitten, Trachten, Bauweise und Lebensführung entwerfen. Die Mundarten in der Zips, im slowakischen Erzgebirge stellen ein ober- und mittelböhmisches Gemisch dar. Auch religiös sind die Deutschen gespalten. Rund hunderttausend gehören dem katholischen, fünfzigtausend dem protestantischen Bekenntnis an. Die protestantischen Deutschen erfreuen sich jumeist eines größeren Wohlstandes als ihre katholischen Brüder. Aber es muß festgestellt werden, daß der katholische Teil fortzittert und steigend im Wachsen begriffen ist.

Sicherlich wird die neu angeknüpfte Verbindung zwischen Subkarpathen- und Karpathen-Deutschen das Volks- und Kulturbewußtsein stärken und ihnen im Rahmen der tschechoslowakischen Republik als nationaler Minderheit zu einer geistlichen Entwicklung verhelfen.

## Zur Zeitgeschichte

### Der Abschluß des deutsch-japanischen Handelsvertrages.

Nach mehr als dreißigjährigen Verhandlungen, die zuerst in Berlin, dann seit Herbst 1925 in Tokio geführt wurden, ist der deutsch-japanische Handelsvertrag am 20. Juli dieses Jahres in Tokio unterzeichnet worden. Damit sind die durch den Weltkrieg unterbrochenen vertraglichen Beziehungen zwischen Deutschland und Japan wiederhergestellt. Der Vertrag tritt an die Stelle des Handels- und Schiffahrtvertrages von 1911, dem eine ganze Reihe von Bestimmungen in dem neuen Vertrage entnommen sind. Neu hinzugekommen sind Bestimmungen über die Amtsbefugnisse der konsularischen Vertreter beider Länder.

Nach dem Kriege mußte das deutsche Bestreben dahin gehen, die abgebrochenen Vertragsbeziehungen zu den ehemaligen Feindmächten wiederherzustellen, um der Entwicklung des deutschen Außenhandels die erforderlichen vertraglichen Sicherungen zu geben. Auf der Gegenseite befand bis Januar 1925 ein solches Bedürfnis nicht, da Deutschland den Unterzeichnern des Versailles Vertrags bis zu diesem Zeitpunkt einseitig das Meistbegünstigungsrecht gewähren mußte.

In unserem Verhältnis zu Japan kamen hierzu noch einige weitere Momente, die eine Verhandlungsfreundlichkeit auf der japanischen Seite zunächst nicht aufkommen ließen.

Japans Industrie hatte während der Kriegsjahre eine erstaunliche Entwicklung genommen und die japanische Regierung suchte sie auf alle Weise tatkräftig zu fördern und sie gegen die ausländische Konkurrenz zu schützen. So erließ Japan im Jahre 1924 ein Einfuhrverbot auf Farben, von dem nur die deutschen Farben betroffen waren, deren Wettbewerb die junge japanische Farbenindustrie nicht gewachsen war. Ferner bemühte sich die japanische Regierung, durch Zollserhöhungen und andere Maßnahmen den wachsenden Einfuhrüberschuß zu bekämpfen.

Trotz des Scheiterns eines Handelsvertrages und trotz der protektionistischen Maßnahmen Japans konnte die deutsche Ausfuhr nach Japan die Friedensausfuhr sehr rasch erreichen und übersteigen. Die japanische Ausfuhr nach Deutschland, die auch vor dem Kriege erheblich hinter der Einfuhr aus Deutschland zurückgeblieben war, blieb der Statistik nach verhältnismäßig unbedeutend, jedoch ist dabei zu berücksichtigen, daß in den nachliegenden Ziffern, die aus dem japanischen Hoheitsgebiet flammende, in Deutschland meist über Italien eingeführte Rohstoffe und das in erheblichen Mengen aus dem japanischen Dachtgebiet kommende in Deutschland eingeführte Sorabonemol nicht berücksichtigt sind.

	Deutsche Ausfuhr nach Japan		Japanische Ausfuhr nach Deutschland	
	Wert in Mill. RM.	in %	Wert in Mill. RM.	in %
1913	122,7	1,2	16,6	0,4
1925	165,4	2,7	15,1	0,2
1926	256,8	2,4	18,5	0,2
1927				
Jan.-März	45,8	1,8	5,8	0,2

\* Prozenzte des Gesamthandels.

In den Handelsvertragsverhandlungen mit Japan, die vom Herbst 1924 bis Sommer 1925 in Berlin geführt wurden, hatte Tokio verlangt, wurde, mußte es die Aufgabe der deutschen Verhandler sein, die volle Meistbegünstigung auf allen Gebieten zu erwirken. Dies ist auch erreicht worden. Nur auf dem Gebiete der deutschen Farbeneinfuhr ist eine gewisse Einschränkung infolgedessen zu bemerken, als die deutsche J. S. Farbeneinfuhr A. S., dem japanischen Wunsch bei Schluß der eigenen Farbeneinfuhr Rechnung

tragen, in einer nach langwierigen Verhandlungen im August 1926 zustandegekommenen Übereinkunft mit der japanischen Regierung auf die freie Einfuhr einer beschränkten Anzahl von Karbfischen, die bereits in Japan hergestellt werden, verzichtet. Hiermit schien das schwierige Problem der Deckschlachten gelöst.

Bei der Weiterführung der Verhandlungen über den eigentlichen Vertrag ergaben sich aber neue Schwierigkeiten aus der Tatsache, daß Japan die Gewährung von Vorzugszöllen für eine begrenzte Anzahl seiner Exportwaren wünschte. Deutscherseits wurden daraufhin ebenfalls Cartermäßigungen gefordert. Während über den Handelsvertrag selbst eine Einigung erzielt werden konnte, zeigte sich im Laufe des Sommers 1927, daß die Cartermäßigungen noch längere Zeit in Anspruch nehmen würden. Es wurde daher vereinbart, daß der eigentliche Vertrag nur aus dem Teil der Cartermäßigungen besteht, die ohne Weitergeführt werden sollten. So konnte der Handelsvertrag am 20. Juli d. J. in Tokio durch den deutschen Botschafter Dr. Solz und den japanischen Ministerpräsidenten Tanaka unterzeichnet werden.

Der Vertrag schließt sich in seinem Aufbau an den früheren deutsch-japanischen Handels- und Schiffsverkehrsvertrag von 1911 an, ist aber durch Bestimmungen über die Amtsbefugnisse der Konsuln ergänzt und mit neueren internationalen Vereinbarungen, wie z. B. dem Genfer Abkommen zur Erleichterung der Zollformalitäten von 1923 in Übereinkunft gebracht. Die beiderseitigen Staatsangehörigen sind in ihrer rechtlichen Stellung hinsichtlich der Niederlassung, des Gewerbetriebs und des Vermögens, der Ausübung ihrer Berufe, der Bekleidung usw. den Angehörigen der meistbegünstigten Nation gleichgestellt, in einer Reihe von weiteren Fällen, der Verfügung über bewegliches Vermögen, Steuern, Zugang zu den Gerichten, den inneren Abgaben und insbesondere der Schifffahrt werden sie die gleiche Behandlung wie die Inländer selbst genießen.

Juristische Personen sind von allen Zwangsansätzen befreit und werden in Bezug auf Steuern und dergleichen wie die Inländer behandelt.

Durch die Gewährung der Meistbegünstigung auf dem Gebiete der Zölle erhält der Handel ebenso wie der japanische Handel fähbare Erleichterungen. Die deutschen Waren werden in Zukunft in Japan die Zölle des japanisch-französischen und des japanisch-italienischen Handelsvertragsstarke genießen. Von besonderer Bedeutung ist dies für Wolle- und Kommoden, die einen der wesentlichsten deutschen Ausfuhrartikel nach Japan darstellen. Außer diesem war hier zu nennen der ermäßigte Zoll auf Seifen, Parfums, Automobile und Wirtsmaschinen. Für Japan fallen bei der Einfuhr in Deutschland in erster Linie zwei Seidenarten fort, eine Art Floretseide, und Pongee, ein Rohseidenzeug, ins Gewicht, die nach den fast ermäßigten Zöllen des neuen deutsch-französischen Vertragsstarke in Deutschland eingeführt werden können.

Sind so die jahrelangsten greifbaren Vorteile, die sich aus dem Abschluß des Vertrages ergeben, nicht gering, so wird man die weiteren praktischen und auch die ideellen Vorteile nicht verzeihen dürfen, die darin liegen, daß es gelungen ist, nach Überwindung vieler Schwierigkeiten die durch den Weltkrieg unterbrochenen deutsch-japanischen Handelsbeziehungen wieder auf eine vertragliche Grundlage zu stellen. Unbekümmert um drohende Ausnahmebestimmungen wird sich nunmehr unser Handel mit Japan weiter ruhig entwickeln können, auf den Gebieten der Warengruppen, für die in Japan Konventionen bestehen, eröffnen sich für die deutsche Industrie bessere und teilweise neue Betätigungsfelder. Wichtiger soll noch die jährelangsten Vorteile ersieht die Tatsache, daß mit diesem Vertrage in den Beziehungen zwischen Deutschland und Japan, deren wissenschaftliche und kulturelle Seite immer bedeutungsvoller gewesen ist und gerade in der letzten Zeit durch die Gründung von Instituten in Berlin und Tokio, die der wechselseitigen Kenntnis beider Länder dienen sollen, eine weitere Vertiefung und neue Grundlagen erhalten hat, nunmehr die letzte Hürde gesunken worden ist, die seit dem Kriege noch offen geblieben war.

Daß die Atmosphäre geschaffen wurde, aus der allein diese neuen Grundlagen der deutsch-japanischen Beziehungen heraus geboren werden konnten, ist nicht zuletzt der Tätigkeit und der Persönlichkeit des deutschen Botschafters in Tokio, Dr. Solz, zu danken.

## Das Saargebiet.

Am 13. und 14. d. Mts. fand die 7. Vortragsagung des Bundes der Saarvereine in Würzburg statt. Auf ihr waren wie bei den früheren Tagungen die im Reich lebenden Saarländer und die Einwohner des Saargebietes vertreten, um die Verhältnisse des Saargebietes zu diskutieren. Für den, der die Verhältnisse des Saargebietes kennt, bieten die Tagungen jedoch meist nichts Neues, die Zustände im Saargebiet sind eben leider gar zu eindeutig. Aber es ist außerordentlich erfreulich, daß in solchen regelmäßigen Tagungen die Dinge immer wieder von sachverständiger Seite untersucht in ihrer neuesten Entwicklung dargestellt und der breiteren deutschen Öffentlichkeit vorgehalten werden. Das ist denn auch in Würzburg wieder mit aller Eindringlichkeit geschehen. Die dem

Selbstbestimmungsrecht widersprechende Regelung der Regierungsverhältnisse im Saargebiet mit einer Volksvertretung, die entgegen jeder Demokratie auf die Regierung keinen Einfluß hat, die französische Kulturpropaganda, die durch wirtschaftlichen Druck der bekanntlich der französischen Regierung gebundenen Bewegung auf ihre Angestellten und Arbeiter die Kinder in die französische Schule zwingen will, die infolge der Trennung von Deutschland schlechte Wirtschaftslage des Saargebietes und vieles andere erfuhr in Würzburg, meist durch Saarländer aus dem Saargebiet, wie z. B. durch den Präsidenten des Landrats des Saargebietes, eine eindringliche Beleuchtung. Die am Schluß der Tagung mit aller Energie formulierte Forderung, daß das Saargebiet die alsbaldige Rückkehr zum deutschen Vaterlande verlange, ergab sich aus all dem wie eine Selbstverständlichkeit.

## Ein Jahr weiteren Ausbaues der Konsumvereine.

Der Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, der führenden konsumgenossenschaftlichen Zentrale, für 1926 zeigt einen neuen Aufstieg des Konsumgenossenschaftsgedankens. Der Umsatz aller in dieser Zentralorganisation zusammengefaßten Konsumvereine stieg von 616 Mill. Mark im vorgenannten Berichtsjahr 1925 auf 747 Mill. Mark im Berichtsjahr 1926. Im ersten Vierteljahr 1927 betrug der Umsatz der Konsumvereine mit mehr als 400 Mitgliedern 206 Mill. Mark gegen 172 Mill. Mark im ersten Vierteljahr 1926.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine zählt heute 3 194 000 Mitglieder gegen 1 920 000 im Jahre 1914, worin sehr deutlich die Ausbreitung der genossenschaftlichen Idee in der Krieges- und Nachkriegszeit zum Ausdruck kommt. Gegenüber 1925 und 1924 ist allerdings ein kleiner Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Zwei Drittel der Mitglieder gehören den Kreisen der Arbeiter und kleinen Angestellten an, fast 6 v. H. der Mitglieder sind selbständige Gewerbetreibende, ebenfalls 6 v. H. gehören der landwirtschaftlichen Bevölkerung an und fast 10 v. H. gehören zu den freien Berufen und zum Beamtenstand, die übrigen Mitglieder haben keine genaueren Angaben über ihren Beruf gemacht. Die Zahlen, die sich gegenüber 1925 fast gar nicht, gegenüber 1914 nur ein wenig vermindert haben, zeigen deutlich, daß die Konsumvereine noch immer im wesentlichen Lebensmittelschäfte des kleinen Mannes des Volkes sind. Auf jedes Mitglied entfiel 1926 ein Umsatz von 234 Mark, so daß der Stand von 1914 mit 287 Mark immer noch nicht erreicht ist, aber gegenüber 1925 mit 182 Mark ein wesentlicher Fortschritt erzielt wurde.

Besonders bemerkenswert ist das Anwachsen der Kapitalkraft der Konsumvereine. Das Kapital fließt den Konsumvereinen seitens der Mitglieder in Form von Geschäftsanteilen und in Form von Spargeldern zu. Die Geschäftsanteile stiegen gegenüber 1925 um fast 10 Mill. Mark und die Spargeldern um 68 Mill. Mark auf 109 Mill. Mark. Die Höhe der Spargeldern ist um 30 Mill. Mark größer als in der Vorkriegszeit, während die Höhe der Geschäftsanteile um 4 Mill. Mark zurückblieb. Die einzelnen Mitglieder haben durchschnittlich 9 Mark an Geschäftsanteil eingezahlt gegen 20 Mark in der Vorkriegszeit, so daß also hier der Stand der Vorkriegszeit noch nicht wieder erreicht ist. Aber das eigene Kapital ist doch so stark angewachsen, daß die meisten Vereine nicht nur ihre Schulden weitgehend zurückzahlen konnten, sondern auch größere Beträge auf die Banken, und zwar insgesamt 31 Mill. Mark, bringen konnten. Die Konsumvereine sind allerdings an die Kleinstrenten noch immer sehr stark verknüpft; die Kassenrentenschulden sind gegenwärtig 1914 von 11 auf 34 Mill. Mark gestiegen gegen 40 Mill. Mark im Jahre 1925.

Nach die Unkosten, mit denen die Konsumvereine arbeiten, sind heute noch höher als in der Vorkriegszeit. Sie belaufen sich auf 13,8 v. H. des Gesamtumsatzes gegen 10,6 v. H. im Jahre 1914. Das bedeutet sogar eine leichte Steigerung des Unkostenfußes gegenüber 1925, womit eben bestätigt wird, daß ein Weiteraufbau der Unkosten kaum möglich ist. Die Konsumvereine müssen mit relativ hohen Unkosten arbeiten, da sie eben unbedingt Carlölhöfen bezahlen müssen, da sie Angestellte nur schwer entlassen können und da sie mehr Unkosten als früher haben müssen, denn die bei den Konsumvereinen kaufenden Schichten können infolge ihrer wirtschaftlichen Lage heute häufiger als früher und immer nur in kleinen Mengen kaufen. Daß die Arbeitsleistung des Verkaufspersonals noch nicht der der Vorkriegszeit entspricht, geht deutlich daraus hervor, daß 1926 auf jede in der Güterverteilung beschäftigte Person ein Umsatz von 22 407 Mark entfiel, 1914 dagegen nur 22 660 Mark, wobei ja die Geldentwertung zu berücksichtigen ist. Die Unkosten dürften ferner deswegen heute größer sein als 1914, weil sich die Konsumvereine nicht nur mit dem Lebensmittelschäfte befassen, sondern in zunehmendem Maße auch mit dem Absatz anderer Waren wie Möbel, Gartengeräten und Hauswandartikeln, was viel höhere Unkosten und Kosten bedingt als das Lebensmittelschäfte. Dieser Zunahme der Unkosten entspricht ein Rückgang des Reingewinnes. Die Summe von Reinertrag, Rabattguthaben und Überweisungen

befiel sich im Berichtsjahr 1926 auf 4,5 v. H. des Gesamtumfanges gegen 8,4 v. H. im letzten Vorkriegsjahr.

Die Konfarenzbedingungen der Konsumvereine gegenüber dem Einzelhandel sind sehr wesentlich dadurch erleichtert, daß die Konsumvereine etwa ein Viertel der verkauften Waren in eigenen Betrieben herstellen. Jeder größere Konsumverein hat ja seine eigene Mädelerei und Schokoladenfabrik. Außerdem verfügt die Zentrale, die Großeinlaufsgesellschaft (G. & E.), über 26 Fabriken, die 1926 Waren im Werte von 45 Mill. Mark herstellten. In diesen Fabriken werden Zigaretten, Zigaretten und andere Rauchwaren, Teelwaren, Fischwaren, Fleischwaren, Gemüsekonserven, Textilwaren, Zunderwaren, Schokolade, Süßholzböden, Holzkonserven, chemische Artikel u. a. hergestellt. Außerdem kauft die Großeinlaufsgesellschaft die verschiedensten Waren en gros ein, um eben so den Zwischenhandel auszuschießen. Die Höhe des Warenumfanges der G. & E. belief sich 1926 auf 249 Mill. Mark. Die Konsumvereine sind flammig dazu übergegangen, die von den Mitgliedern benötigten Waren in eigenen Betrieben so gut und so billig wie möglich herzustellen, so daß sich hier ein Riesengebilde entwickelt, dessen Bedeutung nicht überschätzt werden kann.

Dr. Wilhelm Grotzopp.

## Eine Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen.

Ein Betrag von 10 Millionen Reichsmark wurde durch ein Gesetz vom 2. Juni d. J. dem Reichsarbeitsminister für Arbeiten und Verordnungen zur Verfügung und Verbesserung des Wohnungsbauwesens zur Verfügung gestellt. Einlaß hieran ist eine Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen e. V.\* gegründet worden. Ihre Aufgabe ist es, wirtschaftliche Formen von Bauten, Wohnungen und Wohnhäusern, wirtschaftliche Verfahren für Geländeerhebung, Kostenberechnung, Bauausführung, überhaupt die höchste Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen durch theoretische und praktische Versuche zu ermitteln und zu verbreiten. Die Organe der Gesellschaft sind außer dem

Vorstand, der aus zwei Herren besteht, und der Mitgliederversammlung der Verwaltungsrat und der Sachverständigenrat. Der Verwaltungsrat besteht aus 16 Mitgliedern. Er entscheidet vor allem darüber, welche Bauvorhaben und Versuche unterstellt werden sollen. Der Sachverständigenrat besteht aus 15 Mitgliedern. Er ist vom Verwaltungsrat tatsächlich zu hören. Die Veranlassung der Mittel erfolgt auf Antrag der Gesellschaft durch den Reichsarbeitsminister. Dessen steht ein Einspruchsrecht gegen Beschlüsse des Verwaltungsrats zu. Eine Veranlassung von Mitteln kommt einmal für wissenschaftliche Forschungsarbeiten, Laboratoriumsversuche und sonstige dem Gesellschaftszweck entsprechende praktische oder wissenschaftliche Versuche und Arbeiten in Frage, sowie ferner für Versuchsbauten zur Erforschung neuer oder nicht völlig erprobter Bauweisen, Konstruktionen, Materialien usw. Bei Unterstützung von Bauten sollen die Mittel in der Regel als zinslose, rückbare Darlehen gegeben werden. Voraussetzung ist, daß die Finanzierung der Bauten im übrigen durch Vorliegen von festen Zusagen für Hypotheken, Hausversicherungen usw. gesichert ist, und daß ferner das Vorhandensein des erforderlichen Eigenkapitals nachgewiesen wird. Die Darlehen sollen also nicht dazu dienen, fehlende Finanzierungsmittel zu ersetzen. Sie werden nur zur Deduktion der gerade durch den Versuch entstehenden besonderen Kosten gegeben, insbesondere also, falls der Bauunternehmer durch Versuch einer neuen Bauweise ein besonderes Risiko übernimmt. Die Gesellschaft selbst darf dann ausdrücklicher Vorbehalt der Sagung nicht als Banker auftreten. Der Sitz der Gesellschaft ist Berlin W 9, Poststr. 18.



Neues Wappen der Provinz Sachsen

## Blick in die Bücher

Die Deutschen unter der polnischen Herrschaft. Von Polonius, 1927, Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35, 79 Seiten.

Daß das Deutschtum in Polen unter Zurücklassung und Verfolgung zu leiden hat, daß eine brutale Entdeutschungspolitik in Polen dahin zielt, Reichsdeutsche wie Deutsche polnischer Staatsangehörigkeit zu entreuzeln und aus dem Lande zu treiben, ist allgemein bekannt, und mehr als einmal hat sich die deutsche Öffentlichkeit mit besonders krassen Vorfällen dieser Art vor allem aus Pommern-Oberpommern beschäftigt. Gefeßt hat es aber bisher an einer zusammenfassenden Darstellung des Umfangs, der Methoden und des Erfolges dieses verabscheuungswürdigen Systems. Solcher füllt die Schrift von Polonius aus. Nach einleitenden Abschnitten über die rechtliche Lage der Deutschen in Polen, ihren historischen Ursprung und ihre frühere und jetzige zahlenmäßige Stärke wird in 14 abgeschlossenen Einzeldarstellungen gezeigt, wie ein kemmungsloser polnischer Chauvinismus in Verwaltung und Gesetzgebung, in Schule und Kirche, kurzum auf allen Gebieten des staatlichen und kulturellen Lebens gegen die Deutschen kämpft, und die Hauptursache dieses polnischen Chauvinismus sieht der Verfasser in dem Bestreben, das Deutschtum des abgetretenen Gebietes nach Möglichkeit auszurotten, für den Fall, daß die Frage der polnischen Grenz nach einem künftigen Friedensschluß eine internationale Darstellung und ein umfassendes Tatsachenmaterial schenken die Schrift vor dem Vorwurf der Tendenz oder Agitation. Der Verfasser will nicht die bestehende Unterlage der Deutschen in Polen politisch ausbeuten, sondern durch seine Darstellung zu ihrer Befreiung beitragen, und er kennzeichnet selbst den Zweck seiner Schrift mit den Worten: „Gelingt es, Polen von seinem schrankenlosen inneren Chauvinismus abzubringen, so ist ein großer Schritt auf dem Wege der Entspannung der deutsch-polnischen Beziehungen, der inneren Konsolidierung Polens und der weiteren Befriedigung Europas getan.“

Das Saargebiet im Spiegel der Karikatur und Satire. Verlag der „Saar-Musikerte“, satirisch-humoristische Wochenblatt für das Saargebiet, Saarbrücken 1927, 60 S., Preis 20 Gr.

Zu den Meilen moderner politischer Propaganda gehört auch die Karikatur. Gut angewendet, kann sie durchschlagende Erfolge erzielen. Die Fremdberechtigkeit an der Saar fordert zu solcher Karikatur geradezu heraus. Der oben genannte Saarbrücker Verlag hat es in wirksamer Weise verstanden, die Zeitsunde an der Saar zu karikieren. In rund 150 köstlichen Karikaturen und beißenden Satiren ist die gesamte politische und wirtschaftliche Geschichte des Saargebietes seit 1920 vom Zeichenstift festgehalten. Jeder Freund einer guten

Satire wird an den Karikaturen dieses „politischen und unpolitischen Bilderbuches von der deutschen Saar aus den Jahren 1920–1926“ seine beste Freude haben. Karl Wolfgang Kling zeichnet aus herausgeber des Werkes, die Zeichnungen selbst stammen von den einheimischen Saarländern Otto Seif, Rudi Sarg, A. Kirchheimer, Georg Keupold und W. Neu.

Der amerikanische Journalismus. Von Dr. Emil Dörfel, Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart, 256 S., geb. 9 M.

Dieses Buch ist die Frucht einer Studienreise des um die Zeitungswissenschaft in Deutschland hochverdienten Verfassers nach den Vereinigten Staaten. Man muß sagen, daß er es ausgezeichnet verstanden hat, aus der praktischen Beobachtung heraus die historisch-systematische Darstellung des amerikanischen Zeitungswesens und -betriebes zu entwerfen. Dabei kommen ihm die beiden Eigenschaften — die nicht immer miteinander vereint sind — wissenschaftliche Gründlichkeit und politisches Verständnis zu Gute.

Er schildert zunächst die geschichtliche Entwicklung der amerikanischen Presse, der sogenannten Penny-Press wie der Gefinnungspressen. Die Typen der bedeutendsten Zeitungsgestalter, wie Gordon Bennett, Garrison und Greely werden besonders patend dargestellt. Dörfel kommt dann zum amerikanischen Journalismus der Gegenwart, der beherrscht wird von der Anbetung der Nachricht und dem Betrieb der „Nachrichtemaschine“. Hier schildert er den ganzen Komplex des modernen amerikanischen Zeitungswesens nach der technischen, wirtschaftlichen, organisatorischen und moralischen Seite. Der Zeitartikel, der Stolz des deutschen Presseamtes, kann mit wenigen Seiten abgetan werden, da er ein Stiefkind des amerikanischen Journalismus ist. In seine Stelle tritt die Nachricht mit all ihren Sensationen, Indiscretionen und Geschmackslosigkeiten. Die großen Zeitungskapitale des modernen Amerika — neben Gordon Bennett, Pulitzer und Hearst — charakterisiert und kritisiert er klar und treffend. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die amerikanische Presse eine Magd der Massenpsychie ist, daß sie kapitalisiert hat vor der öffentlichen Meinung, indem sie das bringt, was diese will. Zum Schluß untersucht er auch die Frage, ob die deutsche Gefinnungspressen nicht doch schon auf dem Wege einer Amerikanisierung ist und warum vor den Gefahren der amerikanischen Sensationspresse.

Das Buch ist die einzige deutsche Darstellung des amerikanischen Pressewesens und nimmt aus diesem Grunde einen wichtigen Platz in unserer Zeitungsliteratur ein. Es ist zugleich eine erstmalige literarische Leistung, denn es vereint die Vorzüge des lebhaft und feindselig schreibenden Journalisten mit der Ernsthaft und Gründlichkeit des wissenschaftlichen Denkers.

# D. L. D. WEEKEND-KAMERA

Unübertroffene Leistung / Bestes Material / Erstklassige Optik

Eine Klappkamera für Platten und Filmpacks 9 × 12



I.  
RM. 18,50



II.  
RM. 28,50



III.  
RM. 38,50



IV.  
RM. 48,50

I. Gehäuse aus bestem Hartholz m. K.-Lederbezug, Metallaboden innen lackiert, Schiene u. Spreizen f. vernickelt, Fußstandarte, Stativmutter für Hoch- und Queraufnahmen, drehbarer Brillantensucher, echter Lederbalgen, Mattscheibe und Mattscheibenrahmen mit Lichtschutzklappe, Ledergriff, Spezial-Apparat 1:8, Brennweite 13,5 cm. Vario-Verschluß für Zeit- und Momentaufnahmen bis  $\frac{1}{100}$  Sekunde, 6 Blendeneinstellungen einschl. Drahtauslöser und eine Metallkassette im Karton.

II. Triebeinstellung, Objektivräger allseitig verstellb., Hoch- u. Tiefstellung m. Mikrometerschraube, Laack-Anastigmat Polyot 1:6,3, Brennweite 13,5 cm, sonst in der Ausführung u. m. demselben Zubehör wie I.

III. Bessere Ausführung, Standarte aus Leichtmetall, echter Lederbezug, Rahmensucher, Doppel-Anastigmat Ennar 1:6,3, Brennweite 13,5 cm, 8 Metallkassetten in Tasche, sonst wie vor.

IV. Beste Ausführung mit Steinheil-Anastigmat Actinar 1:4,5, Brennweite 13,5 cm, Isoor-Verschluß 9 mal verstellbar für Zeit und Moment von 1 bis  $\frac{1}{100}$  Sekunde, 8 Blendeneinstellungen, sonst Zubehör wie vor.



V.  
RM. 38,50

## Eine Rollfilmkamera 6 × 9

V. Metallgehäuse, Laufschiene und Spreizen vernickelt, Lederbezug, Lederbalgen, Ledergriff, Brillantensucher, Pronto-Verschluß für Zeit und Momenteneinstellung bis  $\frac{1}{100}$  Sekunde, Laack-Anastigmat Polyot 1:6,3, Brennweite 10 cm, 5 Blendeneinstellungen, Stativmutter für Hoch- und Queraufnahmen einschl. Drahtauslöser im Karton.

VI. Bessere Ausführung, Rahmensucher, Vario-Verschluß für Zeit und Momenteneinstellung bis  $\frac{1}{100}$  Sek., 6 Blendeneinstellungen, Meyer-Anastigmat Trioplan 1:4,5 Brennweite 10,5 cm, sonst Zubehör wie vor.



VI.  
RM. 48,50

## Apparaturzubehör und Photobedarf

Ledertasche ohne Futter, mit Schloß und Riemen 9 × 12	7.50 RM.
Ledertaschen mit Samtfutter, Schloß und Riemen	8.50 und 10.50 RM.
Ledertasche gefüttert 6 × 9	6.— u. 8.— RM.
Ersatzkassette	0.70 und 0.90 RM.
Stativ, 8teilig (1,10 m hoch)	6.90
5 (1,30 m hoch)	9.90
Stativtasche aus Leder oder Segeltuch	3.50 4.—
Kugelenkel	4.— RM.
Stativkopf, allseitig verstellbar	4.— RM.
Taschenstativ	6.—
in Ledertasche	7.50
Selbstauslöser	3.75 6.—
m. Zeitelast	10.— 12.—
Vorsatzlinsen von	1.50 an
Satz 4 St. von	8.—
D. L. D. Spezialplatten 9 × 12	12 Aufnahmen 3.60 6 Aufnahmen 2.05
D. L. D. Spezial-Filmpack 9 × 12	12 Aufnahmen 3.60 6 Aufnahmen 2.05
D. L. D. Spez. Glaslicht- und Celloidin-Papier, 10 Blatt 9 × 12 cm	0.45
D. L. D. Spez. Entwickler, Fixiersalz, Tonfiktorsalz und -bad, billig und gut	

Dr. Vogels Taschenbuch der Photographie, gebd.	2.80 RM.
Agfa-Handbuch	1.— RM.
Satrap-Handbuch	1.—
Hauff-Handbuch	0.50
Photofreund-Jahrbuch	6.—
Kodak-Handbuch	1.80
Mimosa-Handbuch	0.50

Alle Markenapparate und Bedarfsartikel zu Originalpreisen lieferbar. Prospekte anfordern! Versand schnellstens gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme.

**DEUTSCHER LICHTBILD-DIENST G. m. b. H.**

Postcheckk.: Berlin 29 798

BERLIN W 35, Potsdamer Straße 41

Telef.: Kurfürst 4956



## Ein neues grundlegendes Buch über das Auslandsdeutschtum

# Von deutschen Parteien und Parteiführern im Ausland

VON

Dr. Fritz Wertheimer

251 Seiten

in geschmackvollem Halbleinenband  
6.60 RM.

Es ist oft ein wahrer Heldenkampf, den die politischen Vertreter des Auslandsdeutschtums führen, jene Männer, die ihre Lebensarbeit an die Erhaltung und Pflege des abgegrenzten Volksteils außerhalb der Reichsgrenzen setzen, die oft erstaunliche Opfer an Gut und Blut bringen.

Sie alle muß die Heimat kennen. Wertheimer, der eminent rührige und kennnisreiche Generalsekretär des Deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart, schildert in seinem Buch die Persönlichkeiten; 40 mehr oder weniger umfassende biographische Skizzen stecken darin. Er schildert ihren Kampf und — erfreulicherweise — oft auch ihren Sieg. Darüber hinaus gibt das Buch über die Zahl und die Stärke der Deutschen in den Parlamenten in den Ländern rings um Deutschland herum genaueste Auskunft.

In Wertheimers Buch finden sich Tatsachen, so lückenlos und bedeutsam, so zuverlässig und fesselnd, wie sie vielleicht in keiner der Schriften über das Thema „Auslandsdeutschtum“ der letzten 20 Jahre zu finden sind.

**Zentral-Verlag G.m.b.H.**  
Berlin W 35, Potsdamer Str. 41

Dr. Walther Rothschild, Verlagsbuchhandlung  
Berlin - Grunewald

## Handbuch der Politik

Dritte Auflage in 6 Bänden

Herausgeber:

Gerhard Anschütz, Heidelberg / Albrecht Mendelssohn Bartholdy, Hamburg / Max Lenz, Hamburg / Georg von Schanz, Würzburg / Eugen Schiffer, Berlin / Adolf Wach, Leipzig

Erster Band: Die Grundlagen der Politik / Zweiter Band: Der Weltkrieg / Dritter Band: Die politische Erneuerung / Vierter Band: Der wirtschaftliche Wiederaufbau / Fünfter Band: Der Weg in die Zukunft / Sechster Band: Urkunden zur Politik unserer Zeit bis zum Pakt von Locarno

Preis jedes Bandes in Großlexikonoktav  
in Halbleinen 24 M., in Ganzleinen 27 M., in Halbleder 32 M.

Die Zukunft: In einem Sammelwerk, wie es nach solcher Umsicht kaum je bereitet worden, in so würdigem Glanze noch nie erschienen ist...

Nordischer Kurier: Der Besitz des großen Werkes ersetzt eine ganze große Spezialbibliothek und bietet eine wahre Fülle zuverlässiger, gediegener Botschaften. Die Anschaffung des Werkes, das lebendigen Wert für Jahrzehnte besitzt, kann nur auf das wärmste empfohlen werden; es wird sich fortsetzen auf die kommenden Generationen.

Rheinisch-Westfälische Zeitung: Politische Hausbibel für jeden deutschen Staatsbürger.

Berliner Tageblatt: „Standardwerk“ der deutschen Politik, auf das das deutsche Volk mit Stolz blicken kann.

Leipziger Abend-Postbote: Es ist ein Musterwerk, das seine Äquivalente auf dem politischen Wissenschaftsgebiet nicht hat.

Ausführlicher Prospekt steht zur Verfügung

## Sie haben es nicht mehr nötig

bei der herrschenden Geldknappheit Teilbestecke bei Teilzahlungsverandgeschäften zu kaufen.

## Sind Sie auf der Hut!



Wir liefern unsere Merco-90-Silber-Bestecke mit garantiert 90 gr. Silberauflage in zwölf verschiedenen, von Künstlerhand entworfenen Dessins unter Ausschaltung des Zwischenhandels direkt an Private. Merco-90-Silber-Bestecke mit 30jähriger schriftlicher Garantie sind Qualitätszeugnisse allerersten Ranges, in jeder Hinsicht vorbildlich und eignen sich zu Geschenkzwecken ganz vorzüglich. Wir liefern unsere Merco-90-Silber-Bestecke gegen 6 monatliche Ratenzahlungen und berechnen Ihnen nicht die fast unerschwinglich hohen Preise der Teilzahlungsverandgeschäfte, sondern unsere Original-Engrospreise mit einem vorläufigen Aufschlag von 10%. Bei pünktlicher Einhaltung der Monatsraten können Sie an der letzten Rate wieder 7% in Abzug bringen, so daß der Gesamtaufschlag auf unsere

**Original-Engrospreise nur 3%**  
beträgt. Bedenken Sie diesen Vorteil!

Unzählige staatlich beglaubigte Dank- u. Anerkennungs schreiben geben Ihnen einen Beweis unserer Leistungsfähigkeit. Verlangen Sie sofort reichlich Preisliste sowie unverbindliche Mustersendung.

Mettmänner

## Silberwaren-Gesellschaft

Mettmann 360 Merten & Co., Schließfach Nr. 460